



<b>KONTROLLE</b> Digitale Überwachung im Klassenzimmer	Seite 4
<b>ATHEN</b> Repression und Widerstand	Seite 9
<b>DIGITALISIERUNG</b> Arbeitsbedingungen im Wandel	Seite 10
<b>ROJAVA</b> Impressionen aus dem Kriegsgebiet	Seite 12

## UNRUHEN IN LATEINAMERIKA

# Den Neoliberalismus in die Schranken weisen

**Die reaktionäre Welle trifft auf Widerstand und bringt die politischen Verhältnisse ins Wanken. In vielen Ländern steht die herrschende Klasse unter Druck. Ein Blick auf den Südtel des Kontinents.**

(gpw) Chile ist erwacht: Eine Protestwelle richtet sich gegen die soziale Ungleichheit im Land. In Argentinien wurde der neoliberale Superstar Mauricio Macri bei den Wahlen abgestraft, zu hart trafen seine Reformen die ArbeiterInnenklasse und die Mittelschichten. In Ecuador hielten die militanten Proteste so lange, bis der Wolf im Schafspelz, Präsident Lenín Moreno, den Ausnahmezustand verhängen, aus der Hauptstadt Quito fliehen und die Aufhebung der Benzin-Subventionen streichen musste (s. Interview in dieser Nummer). In Kolumbien wurde der erste Generalstreik seit Jahrzehnten durchgeführt. Die offenen Adern Lateinamerikas pumpen wieder Blut durch die gebeutelten Klassen der Bevölkerung.

### Chile

Chile galt seit dem Ende der Militärdiktatur von Augusto Pinochet (1973-1990) als Musterdemokratie, auf die neoliberale ApologetInnen gerne verwiesen: stabil und ein solides wirtschaftliches Wachstum. Die neoliberale Politik schien aufzugehen, lange Zeit konnte der Unmut der Verlierer dieses Kurses unter dem Deckel gehalten werden, grössere Protestbewegungen gab es nicht. Seit 2011 versucht eine aufmüpfige, teils militante SchülerInnen und

StudentInnen Bewegung das durchprivatisierte Bildungssystem aufzubrechen. Sie fordern mehr Chancengleichheit und besseren Bildungszugang. Hinzu kommen kämpfende RentnerInnen, die mit ihrer Pension nicht genug zum Überleben erhalten. 50 Prozent der Chileninnen und Chilenen arbeiten im Niedriglohnsektor und verdienen so wenig, dass sie eine durchschnittliche Familie nicht allein versorgen können ohne unter die Armutsgrenze zu fallen.

Die Ticketpreise des öffentlichen Nahverkehrs in Santiago de Chile waren in den letzten Jahren immer wieder erhöht worden. Auf die Ankündigung, die Preise ein weiteres Mal zu erhöhen, reagierten zuerst die SchülerInnen und Studierenden. Sie drangen in Massen in die U-Bahnhöfe ohne zu bezahlen. Als es im Zuge dieser Aktionen zu grösseren Sachbeschädigungen und Plünderungen von Geschäften kam, rief der rechts-konservative Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand aus. Zum ersten Mal seit dem Ende der Militärdiktatur patrouillierten Panzer in den Strassen von Santiago. Schnell waren auch die ersten Toten zu beklagen. Trotzdem oder gerade deswegen wurde der Protest immer stärker, die Gewerkschaften mobilisier(t)en, es gab Streiks in den Häfen und im Bergbau und weiteren wirtschaftlichen Sektoren. Die Mobilisierungen führten zu den grössten Demonstrationen der jüngeren Geschichte und gipfelten in mehreren Generalstreiks. Zentrale Forderungen sind der Rücktritt des Präsidenten und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung Piñera reagierte anfänglichen

Lippenbekenntnissen, wie die Entlassung der Minister und der Ankündigung sozialer Reformen. So wurde die 40-Stunden-Woche eingeführt, über 700 Unternehmer kündigten an, künftig Löhne über 500'000 Pesos (ca. 640 Franken) zu zahlen. Zudem wurde die Mindestrente leicht erhöht. „Wir haben die Nachricht der Bevölkerung verstanden“, twitterte der Präsident, angesichts der massiven Mobilisierungen. Doch bisher liess sich der Protest nicht besänftigen und geht weiter. Gemäss Umfragen glauben 88 Prozent der ChilenInnen nicht, dass die Reformvorschläge die grundsätzlichen Probleme lösen. Doch weiter geht die Regierung nicht und dreht massiv an der Repressionsschraube. Seit Beginn der Proteste wurden über 5500 Personen festgenommen, über 2000 verletzt, davon über 1000 durch Schusswaffen.

### Argentinien

Maurico Macri ist mit seinem Vorhaben, Argentinien's Wirtschaft neoliberal umzugestalten, gescheitert. Bei den Wahlen Ende Oktober gewann der Herausforderer des Mitte-Links-Bündnisses „Frente de Todos“ Alberto Fernández. Er rief dazu auf, wieder „ein Argentinien der Gleichheit und der Solidarität zu schaffen“. Macris Politik traf die argentinische ArbeiterInnenklasse und die Mittelschichten hart: Subventionen wurden gestrichen und marktliberale Reformen durchgesetzt.

Fortsetzung auf Seite 7

# Inhalt

- 3 Keine neue Regierung, sondern ein neues System
- 4 Unter ständiger Beobachtung
- 5 Der Davoser Mythos der grünen Technologie
- 6 Interview: «Wir dürfen sie einfach nicht verwöhnen, sonst werden sie übermütig»
- 8 Zwangssparen für die Immobilien-Riesen
- 9 Hetze und Plattformkapitalismus gegen die Rebellion
- 10 Vom Weben und Liefern
- 11 Unboxing - Marx packt aus
- 12 Rojava: Bericht einer Genossin
- 13 Krise und Krieg
- 14 Ende des Monats, Ende der Welt: Der gleiche Kampf!
- 15 Lesetipps
- 16 Pimp my Strukturanpassungsprogramm

## POLITISCHE GEFANGENE

### Grussbotschaft der Internationalen Arbeitskonferenz der Roten Hilfe International

[...]

Die Konferenz fand in einer Zeit statt, in der der Faschismus in all seinen Formen sich auf dem Vormarsch befindet: vom entfesselten Faschismus in der Türkei über das Vorgehen neonazistischer oder islamistischer Banden bis hin zur rassistischen und repressiven Regierungspolitik der Staaten der Europäischen Union.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der nur durch Unterdrückung und Gewalt auf die Wünsche der Bevölkerungen reagieren kann. Die RHI-SRI hat immer die Auffassung vertreten, dass die Dialektik von Kampf/Repression/Widerstand ein wichtiger, organischer Teil des revolutionären Prozesses ist. Es ist notwendig, diese Dialektik als integralen Bestandteil des Klassenkampfes zu betrachten, als einen Raum der Reifung und Qualifikation des revolutionären Kampfes. Diese Perspektive erhält mit der Entwicklung neuer Massenbewegungen, wie z.B. der Gelb-Westen in Frankreich, der Volksbewegungen in Chile, etc. einen konkreten Charakter. Diese Bewegungen sind auch das Ergebnis der allgemeinen Krise des Kapitalismus und drücken auf neue Weise das Streben der Völker nach einem Wandel der Gesellschaft aus. [...] Die Verteidigung von diesen Kämpfen auf der Strasse ist eines unserer Anliegen in der aktuellen Periode.

Der Widerstand Rojavas gegen die türkische faschistische Aggression betrifft die gesamte revolutionäre Bewegung. Das politische Schicksal Europas ist eng mit dem des Nahen Ostens verknüpft, und Rojava ist dabei die wichtigste Frontlinie. Es zeigt, dass das Projekt einer neuen Gesellschaft den barbarischsten Formen von Unterdrückung und Reaktion am deutlichsten und radikalsten entgegengesetzt ist. Diese Herausforderung wird von den Internationalisten (insbesondere denen des Internationalen Freiheits-Bataillons) angenommen, von denen bereits 48 mit dem Leben für diese Verpflichtung bezahlt wurden. Unsere Kampagne, den Kämpfern von Rojava medizinische Erstausrüstung zur Verfügung zu stellen, ist unser bescheidener, aber effektiver Beitrag. [...]

**Rote Hilfe International**  
November 2019



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



# Editorial

(red) Montagmorgen um 7 Uhr an der Eingangskontrolle zur Baustelle. Der Chef spricht einen Elektriker der Firma R. an: «Seit der Herr F. zu eurer Firma gewechselt hat, sehe ich fast nur noch eure Installationen.» Der Elektriker: «Ja, wir haben massiv expandiert seit F. bei der Firma ist. Dafür ist XY Elektro fast Konkurs gegangen, als F. weg war. Der F. hat halt ein grosses Netzwerk.»

Am Montagmorgen gibt es als erstes eine Lektion in «freier Marktwirtschaft». Die unsichtbare Hand, die den Markt effizient reguliert? Nicht nur unsichtbar, sondern auch als Konzept ein Hirngespinnst bzw. Wunschdenken. Konkurrenz, die die Preise senken und die Qualität verbessern soll? Nein, was in der kapitalistischen Wirtschaft für die Bosse zählt, ist das persönliche Netzwerk. Günstige Offerten oder eine Qualität, die einen von anderen Firmen unterscheidet, sind zweitrangig.

Um die Netzwerkerei geht es auch am WEF, dem «World Economic Forum». Beim jährlichen Treffen in Davos wird aber nicht zwischen mittelgrossen Elektrofirmen genetzwerkt, sondern unter den grössten internationalen Firmen, Staaten, Medien und sonstigen Bonzen. Wie es das WEF für sein 50. Jahrestreffen im Januar 2020 selber schreibt: «Als internationale Organisation für öffentlich-private Zusammenarbeit hat das WEF sich in eine Plattform entwickelt, wo Akteure zusammen effektiver daran arbeiten können, Herrschaft (im Original «leadership») aus dem Innern der Systeme auszuüben [...]»

Das WEF wird vor allem von den Mitgliedsfirmen finanziert, typischerweise Unternehmen mit mindestens 5 Milliarden Umsatz. Wie und warum diese Firmen den «Zustand der Welt verbessern» sollen, ist höchst unklar, da genau diese Firmen einen Grossteil der Verantwortung für dieses System tragen, das uns immer tiefer in die Scheisse reitet.

Trotz Vorsicht bei der Personifizierung des Kapitals: Das WEF ist ein Treffen der KapitalistInnen. Nicht nur die Wirtschaftsbosse, die das WEF finanzieren, sind dabei, sondern Staatsbosse, Imperialisten, religiöse Patriarchen und grosse Medien, die den Fortbestand ihres Systems sicherstellen und sicher nicht den Zustand der Welt verbessern wollen.

#### Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Barrikade in Bagdad

## IRAK

# Keine neue Regierung, sondern ein neues System

**Bilder aus aller Welt von Demonstrationen und besetzten Plätzen mit Millionen von Protestierenden machen im Moment die Runde. Die Gründe dafür sind oft die gleichen und doch in jedem Land verschieden. Im Irak wird gegen die Armut und ein System protestiert, welches nur einer kleinen einheimischen Elite sowie den irakischen Verbündeten etwas nützt.**

(gpw) Oft entzündeten sich die Proteste an einer sehr konkreten Sache. In Chile war es die Erhöhung der Metro-Preise und im Libanon eine Steuer auf mobiler Kommunikation. Doch ist das nur die Spitze des Eisberges. Die Bewegungen stellten sehr schnell das herrschende politische System in Frage. Sie lassen sich nicht mit oberflächlichen Reformen oder leeren Versprechungen abspesen.

Im Irak gab es nicht den einen symbolischen Auslöser, der eine ganze Protestwelle entstehen liess. Die Menschen gehen auf die Strasse, weil sie mit ihrer Regierung, der Wirtschaftslage und dem politischen System, welches nach dem Sturz von Saddam Hussein von den Amerikanern installiert wurde, unzufrieden sind. Die Arbeitslosigkeit, die schlechte Grundversorgung unter anderem mit Strom und die Korruption treiben sie auf die Strassen.

Seit längerem ist die ganze Region im Mittleren und Nahen Osten mit dem Islamischen Staat, dem Krieg der Türkei gegen das selbstverwaltete Gebiet Rojava im Norden Syriens und dem imperialistischen Kampf um das Erdöl, ein Pulverfass. Dazu kommen im Irak, im Libanon und seit kurzen auch im Iran (hauptsächlich in den kurdischen Gebieten) das erste Mal nach dem Arabischen Frühling wieder heftige Proteste gegen die jeweiligen Regierungen, die miserable Versorgung und Wirtschaftslage auf.

## «Irakische» Demonstrierende

Ausserhalb Bagdads kommt es vor allem im schiitischen Süden des Landes zu Demonstrationen. Beobachter stellten fest, dass sich die Demonstrierenden nicht anhand ihrer Abstammung (kurdisch oder arabisch) oder ihrer religiösen Zugehörigkeit (sunnitisch oder schiitisch) definieren. Protestiert wird als irakisches Volk und diese Einheit ist stark zu spüren und auf den Bildern der Proteste auch zu sehen. Die irakische Politik war bisher sehr bewusst entlang der unterschiedlichen Herkunft oder Religionszugehörigkeit der Bevölkerung organisiert. Die Protestierenden greifen nun dieses Prinzip von Teilen und Herrschen an. Dass die Protestbewegung sich über die zuvor so wichtigen Herkunft- und Konfessionslinien hinwegsetzt und auf den Strassen zusammen geschlossen auftritt, wird die Mächtigen beunruhigen und die Protestierenden stärken.

In Bagdad steht vor allem der Tahrirplatz und die Grüne Zone im Fokus des Protests. Die Grüne Zone ist vom Rest der Stadt militärisch abgeriegelt, speziell gesichert und fast nur über eine der drei Brücken über den Tigris zugänglich. In dieser grünen Zone befinden sich die irakische Regierung und das Parlament. Sie beherrscht auch unter anderem die Botschaften der USA, Grossbritanniens, Ägyptens und Australiens sowie viele internationale Organisationen. Auf dem Tahrirplatz haben die Protestierenden schon zu Beginn der Proteste ein Camp errichtet. Die Polizei liess das Camp räumen. Seitdem wird von Seiten der DemonstrantInnen versucht, den Platz wieder zu besetzen. Damit die Bewegung trotz gezielten Fehl-

formationen und (Internet)-Zensur gehört wird, hat sich mittlerweile eine Protestzeitung gegründet, welche alle zwei Tage erscheint und «Tuk Tuk» heisst. Tuk Tuks sind kleine sehr günstige und populäre Taxis, welche die Bewegung beim Transport von Verletzten etc. unterstützen und sich mittlerweile zum Symbol des Aufstands entwickelt haben.

## Systemwechsel von unten

Der Fokus auf die grüne Zone zeigt eindrücklich das Ziel der Proteste auf. Die Eliten und die Mächtigen, welche das Land regieren, sollen verschwinden. Ein neues politisches System soll her, das den Interessen der armen und perspektivlosen Bevölkerung dient. Der herrschenden Klasse wird vorgeworfen, jeweils nur dem einen oder anderen „Verbündeten“ des Irak (Iran, USA, Saudi Arabien, Türkei) zu dienen und nicht der Bevölkerung. Das Nachkriegssystem, welches nach ausländischen Interessen und entlang von Konfessionslinien aufgebaut ist, müsse weg.

Man las zu Beginn der Proteste in der bürgerlichen Tagespresse oft, dass sich der Protest gegen die Einmischung und die Macht des Irans richtet. Mittlerweile machte die Protestbewegung klar: Es geht einerseits darum, alle Einmischung von aussen zu stoppen. Dazu zählen auch die Machtspiele und Interventionen der USA und von Saudi Arabien. Andererseits werden die einheimischen irakischen Eliten, welche sich auf Kosten der Bevölkerung bereichern, ebenso angegriffen.

## Viele Köche versalzen die Suppe

Der Irak ist ein umkämpftes Land, in welchem viele Staaten um Einfluss ringen. Die jüngere Geschichte ist durch das Erdölreichtum, die imperialistische Invasion durch die USA und die Präsenz des Islamischen Staates geprägt.

Während der Iran bezüglich den Protesten laviert, mal Verständnis zeigt und doch bei der Niederschlagung der Aufstände hilft, ruft die USA im Irak beide Seiten zu Gewaltverzicht auf. Die Vereinten Nationen haben ein Papier veröffentlicht, das zu einem nationalen Dialog aufruft und einen Friedensprozess anstossen will. Dieser Plan wird allerdings als zu oberflächlich kritisiert: Er sei rein kosmetischer Natur.

## Ausblick

Die Demonstrierenden warten nicht auf einen von der UN moderierten Friedensprozess mit einer Regierung, die ihnen nichts bieten kann. Die Protestierenden lassen sich weder einschüchtern noch vereinnahmen. Eindrücklich bringen dies ein Demonstrant auf den Punkt: «Keine Partei repräsentiert uns. Wir machen einen Aufstand als Arme. Wir nennen es nicht Protest, sondern Revolution». Trotz über 300 Toten gibt es täglich Demonstrationen und die Demonstrierenden halten die Stellung auf den drei besetzten Brücken, über welche man in die Grüne Zone gelangt. Mehrere Schulen und grosse Märkte des Landes sind seit mehreren Wochen geschlossen. Ebenso diverse Verwaltungsgebäude, die von den Demonstranten blockiert

## UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Wir haben heute, am 5.9.2019, bei der AMAG in Bern-Wankdorf Feuer gelegt. Die AMAG ist der Hauptimporteur von VW-Fahrzeugen in der Schweiz. VW hat vor kurzem entschieden, ein grosses Werk in der Türkei zu bauen. Damit wird eine unterstützende Haltung gegenüber der türkischen Regierung bekräftigt, welche Rojava angreift. In dieser Kette der Unterstützung der Türkei hängt die AMAG mit drin – darum haben wir sie angegriffen.

Ungefähr Ende September 2019 sollen die Verträge unterschrieben werden, wonach VW ein Werk in der Türkei bei Izmir bauen und betreiben will. Dieser Vertrag ist ein klares Bekenntnis zum ökonomischen und politischen Schulderschluss zwischen Deutschland und der Türkei. Denn in den Jahren zuvor gab es verhältnismässig weniger Kapitalexport in die Türkei aus der Europäischen Union als sonst. Die unsichere politische und ökonomische Lage in der Türkei, ängstigte europäische Investoren und beschränkte damit den Kapitalzufluss. An dieser Lage hat sich in der Zwischenzeit wenig geändert (selbst bürgerliche Medien berichten über das unsichere Investitionsklima), und so ist die Bedeutung dieses Vertrags umso grösser. Er markiert einen erneuten Positionsbezug für die türkische Regierung und ist damit Ausdruck der strategischen Allianz zwischen der Türkei und Deutschland.

## Hoch lebe die internationale Solidarität!

## FREE NEKANE

### Liebe Solidarische, Freund\*innen und Compañerxs

An einem 24. November, im Jahr 1999, kam ich aus dem spanischen Gefängnis Soto del Real frei. 20 Jahre später, am gleichen Datum, könnte ich wieder in einem Schweizer Knast sein...

Am Montag 18. November wurde bestätigt, dass ein Auslieferungsantrag schon in Bern auf dem Tisch liegt. Der Stempel ist der gleiche wie 2016: der spanische Folterstaat. Die Vorwürfe, die keine konkreten Taten beinhalten, basieren auf den Folterausagen, die ich während der 5 Tage Incomunicado Haft in Madrid gemacht habe. Die politische Verfolgung wegen meiner Ideen geht weiter, die Jagd auf mich ist eröffnet... Die Folterer haben damals meinen Frauenkörper als Kriegsfeld benutzt und jetzt werde ich verfolgt, weil ich gegen die sexistische Folter kämpfe, die ich überlebt habe! Ich soll wegen dem Kampf gegen die staatliche und patriarchale Gewalt verhaftet werden...

In 20 Jahren haben Regierungen, Präsidenten und Minister gewechselt. Aber der ganze repressive Apparat bleibt und die das Sondergericht Audiencia Nacional ist die Speerspitze dieser Repression. Auch das sexistische System und die patriarchale Justiz wollen mich peinigen... Schauen wir, auf welcher Seite die «neutralen» Schweizer Behörden sich positionieren, weil man für die Folter oder dagegen ist.

Ihr seid schon auf meiner/unserer Seite und das gibt uns Kraft, weiter Widerstand zu leisten und für unsere Befreiung zu kämpfen!!!!

Feministische und kämpferische Grüsse  
Nekane Txapartegi

Mehr Informationen zur Situation von Nekane und der Solidaritätskampagne: <http://www.freenekane.ch/>

KONTROLLGESELLSCHAFT

# Unter ständiger Beobachtung

**In den USA boomt der Markt für Überwachungstools. An Schulen werden die Mails von SchülerInnen in Echtzeit gescannt, während intelligente Kameras jeden Winkel überwachen. Wer gegen Regeln verstösst, wird kriminalisiert.**

(az) US-Amerikanische Schulen leiden unter einem Paradox. Trotzdem sie statistisch gesehen zu den sichersten Orten für Kinder und Jugendliche gehören, gelten sie in Umfragen als gefährlicher denn je. Diese Annahme resultiert vor allem aus den zahlreichen Amokläufe der letzten Jahren. Wo immer es zu solchen kam, wurde danach in breit getragenen gesellschaftlichen Debatten nach besseren Massnahmen gerufen. Statt sich jedoch der Ursachen anzunehmen – und sei dies nur schon die Frage zu stellen, wieso Waffen derart leicht erwerbbar sind –, entstand in den vergangenen Jahren ein gigantischer Markt für Sicherheitsprodukte: Knapp drei Milliarden Dollar werden von amerikanischen Schulen jährlich in den Sicherheitsbereich investiert.

## Digitale Überwachung

Eine wichtige Rolle nehmen digitale Überwachungsprodukte ein. Die amerikanische Softwarefirma Bark bietet beispielsweise eine in Echtzeit funktionierende, 24/7 arbeitende Überwachung aller über das Schulnetz gesendeten Mails, geteilten Dokumenten oder Chatprogrammen an. Andere Unternehmen wie Gaggle oder Securly bieten ein vergleichbares Angebot. Zusammen überwachen die drei führenden Unternehmen nach eigenen Angaben pro Jahr mehr als 15 Millionen SchülerInnen in gut 13'000 Schulen.

Die eingesetzten Überwachungssoftwares arbeiten vor allem mit Stichwortfiltern. Enthält eine Nachricht oder ein Dokument das Wort «Suizid», «Amok» oder «Marihuana» erhält die zuständige Person, etwa ein/e RektorIn, innert Sekunden eine automatische Nachricht. Er oder sie muss nun den restlichen Nachrichtenverlauf überprüfe, um zu beurteilen, ob eine Gefahr vorliegt. Dieses Vorgehen ist allerdings umständlich und ungenau. Bark gibt beispielsweise an, dass man alleine im Frühlingsemester 2018 1'494'438 Probleme registriert habe, was im Durchschnitt 0.85 Fälle pro überwachter Person entspricht. Entweder haben amerikanische Kids noch mehr Probleme als man denkt, oder aber – was wahrscheinlicher ist – die Software arbeitet nicht besonders genau und als auffällig vermerkte Schlagwörter erscheinen in viel zu vielen zufälligen Zusammenhängen. Gewisse Schulen haben dieses Verfahren deswegen bereits wieder rationalisiert, sodass nicht mehr eine schulinterne Behörde oder Person die Nachricht bei angezeigter Gefahr durchlesen muss, sondern eine vom Softwareunternehmen angestellte Person die Nachricht liest und sie nach möglichen Gefahren einstuft (bei Gaggle sind dies ArbeiterInnen, die ohne jede Erfahrung in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen für 10 Dollar in der Stunde Nachrichten durchforsten) oder der Verlauf wird gleich direkt an die Polizei weitergeleitet, die entscheiden kann, was als nächstes zu tun ist.

Die digitale Überwachung bleibt nicht nur auf SchülerInnen beschränkt. In einem mittlerweile wieder gelöschten Blogbeitrag warb Gaggle damit, dass auch Unzufriedenheit bei den LehrerInnen entdeckt werden könne: «Denken Sie an die jüngsten Streik in West Virginia. Wäre die Geschichte anders verlaufen, wenn die dortigen Schulleitungen Monate zuvor Suchaktivitäten für "Krankenversicherung" oder "Streik" angefordert hätten? Gelegentliche Anfragen nach Suchaktivitäten bezüglich "Gehalt" oder "Entlassungen" könnten die Bedenken der Mitarbeiter zerstreuen, die zu negativen Auswirkungen in Ihrem Schulbezirk führen.» Die digitale Überwachung soll Streiks künftig verhindern, indem Unzufriedenheit frühzeitig erkannt wird, und MitarbeiterInnen ebenso frühzeitig gemassregelt werden.

## Die Rolle der Eltern

Werden Streiks verhindert und Jugendliche diszipliniert, dient die Überwachung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Doch der Kontrollwahn hat auch eine Eigendynamik erhalten. So ist die Zunahme von Kindersicherungssoftwares nicht alleine einem staatlichen Überwachungswahn geschuldet, sondern resultiert ebenso aus einem sich verändernden elterlichen Bedürfnis. Das eigene Kind ist mehr denn je ein zu schützendes, ja fast schon heiliges Objekt, dessen Entwicklung man möglichst genau kontrollieren will.



Jeder Schritt wird verfolgt: Polizeiliche Überwachung einer amerikanischen Schule.

Sowohl Bark als auch Securly bieten ihre Produkte ebenso besorgten Eltern an. Bei Bark kann man beispielsweise für eine monatliche Gebühr von 9 Dollar nachverfolgen, welche Webseiten das Kind aufgerufen hat, welche Suchworte es in Google eingegeben hat oder welche Youtube-Videos geschaut wurden. Damit trifft das Unternehmen den Nerv der Zeit. Gemäss Umfrage des Pew Research Centers gaben 40 Prozent der befragten Eltern an, dass sie Tools zur Überwachung der Internetaktivität ihrer Kinder eingesetzt haben, und 16 Prozent gaben an, dass sie Apps nutzten, um ihre Kinder zu tracken. Ob die Zahl der elterlichen ÜberwacherInnen tatsächlich so hoch ist, lässt sich schwer sagen, allerdings zeigen die grosse Anzahl verfügbarer Apps und die dazugehörigen Downloadzahlen in den App Stores von durchaus reger Verwendung. Und auch der Kapitalmarkt zeigt sich zuversichtlich. Gemäss Einschätzung verschiedener Marktanalysen wird sich der Marktwert von Kindersicherungssoftwares in den kommenden Jahren vervielfachen.

## Überwachte Schulen

Überwachungssoftwares sind nicht das einzige neue Tool zur Überwachung von SchülerInnen. Manche Schulen setzen dank vernetzter Gadgets auf umfassende Trackingmethoden, andere haben Mikrophone installiert oder setzen auf intelligente Kameras, die aggressives Verhalten erkennen sollen. Über 80 Prozent aller us-amerikanischen Schulen sind mittlerweile videoüberwacht. Fast alle Schulen nutzen zudem Zugangskontrollen. Diese gibt es mittlerweile auch als App. Und die bieten weit mehr als nur digitale Zugangschips. In Schulen, die beispielsweise auf die Software von «e-Hallpass» zurückgreifen, müssen SchülerInnen über die App eine Anfrage stellen, wenn sie den Klassenraum verlassen wollen. Versendet ein/e SchülerIn zu viele Anfragen oder verbringt jemand zu viel Zeit im WC, wird die Schule informiert und die betreffende Person steht künftig unter besonderer Überwachung. «Classroom Management» nennt sich dieses Prinzip in der Sprache des Anbieters.

In Florida gehen die Abgeordneten nach dem letzten Amoklauf noch einen Schritt weiter. Sie fordern eine umfassende Datenbank, in der zahlreiche Informationen gesammelt werden. Darunter fallen nicht nur Informationen über den bisherigen Bildungsweg, und Auszüge aus dem Strafregister und bezogenen Sozialleistungen, sondern auch umfassende Informationen über geschriebene und geteilte Social Media Beiträge oder Informationen darüber, ob man an der Schule schikaniert wurde und deswegen potenziell auf Rache aus ist. Die Idee dahinter entspricht dem Zeitgeist der Kontrollgesellschaft. Mit einer Vielzahl an Daten ausgestattet glaubt man, TäterInnen schon im Vorfeld ausmachen und Taten dadurch verhindern zu können. Überwachungstechnik entspricht

der öffentlichkeitswirksamen Inszenierung von Sicherheit. Inwiefern sie ihrem Versprechen auch nur annähernd Rechnung tragen kann, und – wie von den Softwareanbietern versprochen – schon zahlreiche Amokläufe verhindert hat, wurde immer wieder angezweifelt.

## Von der Schule in den Knast

SchülerInnen kennen in der Regel eine gewisse Kreativität, wenn es um die Überlistung von Überwachung geht. Und an vielen Orten dieser Welt ist auch nicht jeder schulische Regelverstoss mit langfristigen Konsequenzen verbunden. Doch in den USA ist über Jahrzehnte ein System der Kriminalisierung entstanden, das mehr Menschen als in allen anderen Ländern dieser Welt in die Knäste treibt. Nirgendwo sonst gibt es für jugendliche proletarische Schichten, insbesondere für schwarze Personen, eine vergleichbar hohe Wahrscheinlichkeit im Knast zu landen.

Eine Teilschuld daran trägt das Bildungswesen, das Jugendliche schon früh kriminalisiert. An gut 40 Prozent aller amerikanischen Schulen gibt es «School Resource Officers», das sind in den Schulhäusern patrouillierende PolizistInnen. Etliche Schulen kennen ein System von Regelverstössen, die nicht nur schulintern, sondern auch gesetzlich bestraft werden. Alleine im Bundesstaat New York wurden 2017 1'310 Festnahmen, Vorladungen oder Verfahren nach Jugendstrafrecht an Schulen für «nicht-kriminelle Vergehen» gemeldet. Darunter fallen Anklagen wegen Hausfriedensbruch, weil sich jemand in einem Gebäude, das mehrere Schulen beheimatet, auf dem falschen Stock befand, Anzeigen wegen der Verwendung obszöner Sprache oder Anzeigen aufgrund der Teilnahme an Protesten. Nicht miteingerechnet sind die zahlreichen weiteren Anklagen wegen geringfügigen Verstössen aufgrund von Drogenkonsum oder Sachbeschädigungen.

Als «Schule-Knast-Pipeline» wird die Verbindungslinie zwischen früher Kriminalisierung und späteren Knastaufnahmen umgangssprachlich bezeichnet. SchülerInnen werden für nichtige Taten in das Strafsystem gezerrt, und kommen aus dem daraus entstehenden Teufelskreis nicht mehr raus, so zumindest ist die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnten: Die Law-and-Order Politik der USA hat nicht zu weniger Straftaten geführt, sondern zu einer unvergleichbaren Zunahme inhaftierter und kriminalisierter Menschen. Mit der Zunahme von digitalen Überwachungsmöglichkeiten steigt die Anzahl kriminalisierter SchülerInnen weiter, beispielsweise weil jemand einmal zu viel «Marihuana» oder «Graffiti» an seine KollegInnen gesendet hat, und plötzlich unter besonderer Überwachung steht.

WEF

# Der Davoser Mythos der grünen Technologie

Wo immer die Herrschenden Lösungsansätze für die Klimakrise und Umweltprobleme präsentieren, spielen vermeintlich grüne Technologien eine wichtige Rolle. So auch am World Economic Forum, wo besonders Logistik- und Mobilitätsversprechen hervorgehoben werden.

(az) Auch am diesjährigen WEF steht die Klimakrise im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Klimawandel müsse gestoppt werden, so lautet der überwiegende Tenor der online geteilten Verlautbarungen. Ende November 2019 veröffentlichte das WEF einen Leitartikel, wie es dies zu bewerkstelligen gedenke. «Es geht um Innovation», lautet die leitende Weisheit. Jene setzen sich wesentlich aus zwei Stossrichtungen zusammen. Erstens brauche es Technologien und Massnahmen, um bereits ausgestossenes CO<sub>2</sub> wieder aus der Luft nehmen. Zweitens brauche es innovative Technologien, um kein zusätzliches CO<sub>2</sub> zu produzieren.

Ersteres ist nicht neu. Das WEF diskutierte schon vor zwei Jahren intensiv über Möglichkeiten zur Rücknahme von CO<sub>2</sub>, beispielsweise anhand von Geoengineering. Dass kein Weg an der Veränderung der Natur vorbeiführt, scheint längst schon beschlossene Tatsache. Der Weltklimarat IPPC beispielsweise erarbeitete vor einigen Jahren einen Sonderbericht, der Lösungsansätze für die im Pariser Klimaabkommen geforderte Erwärmungsgrenze von 1,5 Grad erhellen sollte. Die meisten darin vorkommenden Rechnungen erreichen diese Grenze einzig, indem «negative Emissionen» eingeplant wurden. Dies bedeutet, dass mehr CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entnommen werden muss, als hineingelangt, beispielsweise durch globale Plantagen, durch CO<sub>2</sub> einsaugende Fabriken oder durch Einlagerungen unter der Erde. Um zu wissen, wo auf der Welt solche CO<sub>2</sub>-Bunker in Zukunft gebaut werden – in Deutschland mussten solche Projekte jüngst aufgrund von Bürgerinitiativen und fehlenden Gesetzen gestoppt werden –, und wer mit den damit verknüpften Gefahren leben wird, braucht man nicht besonders viel prophetische Fähigkeiten.

## Das Paradox innovativer Logistik

Der Lösungsansatz mit CO<sub>2</sub>-neutralen Technologien wird stärker denn je mit Innovationen in der Logistik und im Mobilitätsangebot verknüpft. So verweist der genannte Leitartikel etwa auf das innovative Projekt eines elektrischen Dreirad-Taxis, das als Teil des öffentlichen Nahverkehrs Menschen CO<sub>2</sub> neutral transportieren soll. Vergleichbare Projekte gibt es zahlreiche. Jedes Angebot im Bereich der Mikromobilität wird mit seiner vermeintlichen Umweltfreundlichkeit angepriesen. Und auch zahlreiche Logistikunternehmen werben mit CO<sub>2</sub>-Neutralität. Abseits dessen, dass die Rechnungen vermeintlicher CO<sub>2</sub>-Neutralität nur in den seltensten Fällen stimmen, insbesondere, da Produktionskosten und umweltschädigende



Flug in die Zukunft: Das angeblich ökologische Taxi, das das Weltklima retten soll.

Mechanismen abseits der CO<sub>2</sub>-Produktion gekonnt ignoriert werden, leidet die Logistik und damit all ihre Versprechen unter einem Paradox: Sie kann sich vor allem dann als besonders umweltschonend verkaufen, wenn sie rentabel ist, und dies ist sie nur dann, wenn mehr Waren zu transportieren sind, das heisst zugleich mehr Waren hergestellt werden.

Dieser etwas abstrakte Gedanke ist integraler Bestandteil fast aller kapitalistischen Logistikangebote, die sich als besonders umweltschonend verkaufen. Beispielsweise das von zahlreichen Banken und Unternehmen, darunter auch die WEF-Partner Credit Suisse und SAP, unterstützte Schweizer Projekt Cargo Sous Terrain (CST). Das Projekt will die Schweiz zwischen Genf und St. Gallen mit einem unterirdischen Transportnetzwerk für den Warentransport verbinden. Das Projekt «reduziert» gemäss Eigenbeschreibung «die Umweltbelastung und sorgt für die pünktliche Lieferung von Waren für alle». Dies wird möglich, weil man davon ausgeht, dass der Güterverkehrsaufkommen in der Schweiz bis 2040 um 37 % zunehmen wird. Wo es einen Ausbau der Kapazitäten braucht, werden innovative Projekte rentabel. Was allerdings an der Zunahme des Warenverkehrs und damit an der Zunahme der Warenproduktion umweltschonend sein kann, bleibt ein ungelüftetes Geheimnis.

## Die kaputtgesparten Träume

Nicht nur Waren, sondern auch Menschen sollen nach Vorstellungen des WEF besser und rascher transportiert werden. Hierfür hat man eine Plattform eingerichtet, die sich zum Ziel gesetzt hat, den «globalen Übergang zu sichereren, saubereren und integrativeren Verkehrssystemen» zu beschleunigen. Zu den dazugehörigen Träumen zählen Transportdrohnen, autonome Fahrzeuge und «in-

novative Geschäftsmodelle und Mobilitätsdienste», die «inklusive Mobilität» ermöglichen sollen. Von letzterem Schlagwort ist man besonders angetan: «Möchtest du eine inklusive Gesellschaft? Beginne mit der Mobilität», lässt ein weiterer Artikel bereits im Titel wissen. «Mobilität ist ein Menschenrecht» heisst es darin weiter, und auf diese Weisheit folgten bereits Taten: Im September hat das WEF eine «globale Koalition» gegründet, «um die Verkehrsemissionen um 95 % und die Pendelkosten um 40 % zu senken».

Gesprochen durch das WEF klingt dies etwas merkwürdig – und nicht nur, weil man seine Gäste äusserst unökologisch durch die Welt transportiert. Die Idee, Menschen Mobilität zu ermöglichen, sie durch günstige Transportpreise am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und dabei auch auf die Umwelt zu schauen, ist keine besonders innovative Idee. In Davos träumt man den Traum, den man selbst jahrzehntlang durch Privatisierungen und Austerität kaputt gemacht hat. Will man ihn wieder aufleben lassen, braucht es dafür keine Transportdrohnen oder innovative Verkehrskonzepte, sondern staatliche Aufsicht und günstige Verkehrsmittel. Doch dies generiert keinen Gewinn für das Kapital, das sich aus seinen Investitionen Profit erhofft. So legitimiert man in Davos erhoffte gewinnbringende Investitionen durch den technikeuphorischen Mythos, dass es neue technische Innovationen brauche, um bestehende Probleme zu lösen. Im Gegensatz zum Bisherigen erscheint das Neue dabei stets besonders grün, ganz egal auf welchen Grundlagen diese eigentlich aufbauen.

## LOUISE STEBLER PRESENTE!

Nachts schlichen sie auf den Güterbahnhof. Dort standen Züge, die Güter aus Deutschland nach Italien transportieren sollten. Ein bisschen Sand ins Getriebe und die Züge fuhren nicht mehr. Sabotage an der Kriegsmaschinerie, eine Aktion, die wohl nicht nur Nazideutschland und das faschistische Italien zu schaffen machte, sondern auch die unter dem Deckmantel der Neutralität kooperierenden Schweizer Behörden störten. Eine der vielen Erzählungen von Louise Stebler aus ihrer frühen Zeit im antifaschistischen Widerstand, viele Jahre später. Damals war die Kommunistin in der Freien Jugend organisiert.

Antifaschistische Aktivistin blieb sie ihr Leben lang. Die 1924 geborene Baslerin war bis zu ihrem Tod im Februar 2019 aktiv, vernetzt durch ihre Kontaktfreudigkeit, immer auf der Strasse anzutreffen. Sie war bei den Frauen für Frieden und Fortschritt organisiert, sowie bei der PdA44.

Für uns war Louise immer eine wichtige Person, ihre Geschichten aus vielen Jahren Widerstand gegen Faschismus und Kapitalismus stärkte unser Geschichtsbewusstsein. Es zeigte uns die Wichtigkeit von lebenslangem Engagement auf. Sie lebt in unserer Erinnerung weiter.

**Louise presente!**





Eine Szene aus Ecuador, doch nicht aus Guayaquil. In der Wirtschaftsmetropole gelang es den Repressionskräften mehrheitlich, Riots zu verhindern.

## INTERVIEW

# «Wir dürfen sie einfach nicht verwöhnen, sonst werden sie übermütig»

Eine Genossin aus der Schweiz, die in Ecuador lebt, berichtet über den Hass und Rassismus der Bourgeoisie gegen die Indigenas und darüber, wie sie die Situation erlebt und wie sie sie politisch einschätzt.

(az) Wie hast du den Aufruhr erlebt?

Wir leben in Guayaquil, der Wirtschaftsmetropole Ecuadors. Hier hörten wir zuerst aus den Medien von den Protesten, dem Marsch der Indigenas nach Quito und der Ausrufung des Ausnahmezustands dort. In Guayaquil leben nur wenige Indigenas, stärker vertreten sind hier und entlang der Küste die Transportgewerkschaften. Die Versorgung Guayaquils wurde durch Strassensperren von Gewerkschafts-AktivistInnenen, die grosse Unterstützung aus den Küsten-Dörfern erhielten, blockiert.

Mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes wurden im ganzen Land die Schulen geschlossen, die meisten Leute aus der Mittelklasse und Oberschicht machten Monstereinkäufe und verliessen anschliessend ihre Häuser nicht mehr. Über die sozialen Medien wurden Videos von Raubüberfällen verbreitet, so dass der Eindruck entstand, man könne nicht vor die Haustüre, ohne angegriffen zu werden. Tatsächlich gab es in diesen Tagen vermehrt Raubüberfälle, diese betrafen jedoch vor allem Leute aus der Unterschicht, die aus Angst um ihre Arbeit irgendwie versuchten, an ihre Arbeitsstellen zu kommen.

Wir sprachen oft mit armutsbetroffenen Leuten. Diese sind gespalten, die einen sind verzweifelt und wütend, weil ihnen durch den Streik überlebenswichtige Einnahmen verloren gingen, die anderen unterstützen den Streik. Uns gegenüber vertrauen sich aber viele nur hinter vorgehaltener Hand das zu sagen, weil sie Angst um ihre prekären Arbeitsstellen haben.

**Wir haben die Indigenas als stärkste Kraft wahrgenommen.**

In Ecuador haben von den 17 Millionen EinwohnerInnen mehr als 40 Prozent eine indigene Herkunft. Ein Grossteil arbeitet in der Landwirtschaft, sie sind stärker von Armut betroffen als andere Teile der Bevölkerung und haben weniger Zugang zu Bildung und zum Gesundheitswesen. Sie sind seit 1986 in der Conaie organisiert und können innert kurzer Zeit Tausende mobilisieren, wie der Generalstreik gezeigt hat.

Der Rassismus ihnen gegenüber ist gerade in städtischen Gebieten sehr gross. Sie werden ungeachtet ihrer sehr differenzierten Stellungnahmen als ungebildet, naiv und gewalttätig abgestempelt. Auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist oft schwierig, weil diese Angst davor haben, dass die Indigenas isoliert ihre Forderungen durchsetzen, obschon ihre Vorschläge weit über die eigenen Interessen hinausgehen, wie das von ihnen vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm zeigt.

**Hatte sich dieser Aufstand angekündigt oder wurdet ihr davon überrascht?**

Nein, wir wurden zwar überrascht von der Abruptheit, mit der die Regierung die Aufhebung der Treibstoffsubventionen verkündet hat, doch haben die Gewerkschaften bereits seit einigen Monaten Kampfmassnahmen angekündigt aufgrund der Sparpolitik und Deregulierung der Regierung Moreno. Zudem ist die Armut im Land angestiegen.

**Hat die internationale Lage einen Einfluss?**

Sicher geben die Proteste in Chile und Argentinien oder auch die verheerenden Auswirkungen der Politik Bolsonaros in Brasilien den sozialen Bewegungen in Ecuador Auftrieb, indem sie argumentativ darauf verweisen können und dies auch tun. Gleichzeitig dient die Situation in Venezuela der Rechten dazu, die Angst vor einer ähnlichen Situation in Ecuador zu schüren. Medien und Regierung konstruieren eine Verschwörung Maduros und Correas<sup>1</sup>.

**Wie äusserten sich die politischen Spannungen im Alltag?**

In Guayaquil riefen die Bürgermeisterin und der ehemalige Bürgermeister Nebot zur Verteidigung der Stadt gegen die angeblich anmarschierenden Indigenas auf. Sie beriefen sich dabei auf die Verteidigung Guayaquils gegen Piratenangriffe im 17. Jahrhundert. Tausende folgten ihrem Aufruf und marschierten mit weissen Hemden durch die Innenstadt. An dieser Kundgebung verstieg sich Nebot zur Aufforderung an die Indigenas: «Geht zurück auf eure Felder». Die Indigenas antworteten gelassen und luden ihn ein, sie dabei zu begleiten und mal einige Zeit mit ihnen auf den Feldern zu arbeiten.

Insbesondere die Reaktionen der Oberschicht auf die Demonstrationen und Streiks sind hasserfüllt und von irrationalen Ängsten geprägt. Wir hatten ein Elterntreffen, an dem primitive Witze über Indigenas und ihre angebliche Ungebildetheit gemacht wurden, die Hausangestellten, die trotz der Streiks zur Arbeit erschienen waren, wurden gelobt: «Die zeigen, dass sie wirklich wollen. Wir dürfen sie einfach nicht verwöhnen, sonst werden sie übermütig.» Ungestraft durften SchülerInnen im Unterricht zur Tötung von Indigenas aufrufen, spielten in der Pause Indigenajagd und in den Elternchats wurden Fotos von Indigenas mit Zielscheiben auf der Stirne herumgeschickt.

**Lenin Moreno trat mit einem linken Versprechen an. Trat er an, um zu verraten?**

Ich denke nicht, dass Moreno von Anfang an geplant hat-

te, zum Vertreter einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu werden. Er war ein enger Freund Correas, der eine Integrationsfigur und nur schwer zu ersetzen war. Der sinkende Ölpreis ist ein Problem, denn die sozialen Errungenschaften basierten auf Einnahmen aus dem Ölsektor und durch Correas Wirtschaftspolitik entstand eine starke Mittelklasse, die nun eine liberale Wirtschaftspolitik einem staatlichen Interventionismus vorzieht. Moreno hat diesem Druck nachgegeben und hat viele Ämter, die von Anhängern Correas besetzt waren, durch Leute mit neoliberalen Positionen ersetzt. So hat er beispielsweise den rechtsbürgerlichen Unternehmer Otto Sonnenholzner zum Vizepräsidenten gemacht.

**Welche Kräfte stehen hinter Moreno?**

Die Leute wählten Moreno, weil er die Fortsetzung der Politik Correas angekündigt hatte. All diese Menschen haben sich von ihm abgewandt. Die Bourgeoisie hingegen hat mehrheitlich den neoliberalen Bankier Lasso gewählt, der die Wahlen nur knapp verloren hat. Ein Teil der Bourgeoisie steht hinter der Aufhebung der Subventionen durch Moreno, versagt ihm aber die Unterstützung, weil sie sein 'Einlenken' als Schwäche deuten. Ein anderer Teil profitiert durchaus von den Subventionen auf Treibstoff, hat aber jetzt Angst davor, dass Moreno die Steuern erhöht, weshalb sie ebenfalls gegen ihn sind. Unterstützung hat er noch aus dem Bildungsbürgertum und von linksliberalen Kreisen, die seine Dialogbereitschaft hervorheben und seine Politik als gemässigt bezeichnen.

**Wie sind die Vorschläge der Conaie einzuschätzen und wie werden sie in urbanen Gebieten aufgenommen?**

Die Conaie hat ein ökonomisches Modell erarbeitet, das auf sozialer Basis funktionieren und die Entwicklung des Landes ermöglichen soll. Der Vorschlag sieht Einkommens- und Vermögenssteuern für die 270 stärksten Wirtschaftsgruppen vor, was die Einsparung der Subventionen kompensieren würde. Auf der anderen Seite will sie eine Ermässigung der Mehrwertsteuer um 10% und vertraut darauf, dass dadurch der Konsum und die Einnahmen steigen. Die Banco del Pazifico soll staatlich bleiben und den Bauern sollen Schulden erlassen werden. Diese Vorschläge, die nicht wie die Verträge mit dem IWF auf Kosten der Ärmsten gehen, sondern eben die Oberschicht treffen würden, werden von dieser abgelehnt, in den Medien jedoch kaum diskutiert. Die sind damit beschäftigt, die Gewalt der Proteste zu thematisieren und damit vom eigentlichen Thema abzulenken.

**Die Conaie hat den Aufruhr geprägt und getragen, aber auch abgebrochen.**

Sie hat den Aufruhr abgebrochen, weil Moreno die Subventionen des Treibstoffes per sofort wieder eingeführt hat. Sie hat bereits einen erneuten Generalstreik angekündigt für den Fall, dass die Regierung nicht auf ihr Wirtschaftsprogramm eingeht. Es wäre nicht das erste Mal, dass eine ecuadorianische Regierung von den Indigenas gestürzt wird.

**Wie schätzt du die Zukunft ein?**

Seit der Wiedereinführung der Subventionen auf Treibstoff sind die Preise für Lebensmittel und öffentliche Verkehrsmittel wieder auf den vorherigen Stand gesunken. Zur Zeit ist es wie oben erwähnt so, dass die Regierung mit Indigenas und Gewerkschaften verhandelt und der Ausgang dieser Verhandlungen sehr ungewiss ist. Falls Moreno zurücktritt und es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt, wäre das schlimmstmögliche Szenario die Wahl Lassos zum Präsidenten. Die Situation bleibt sehr angespannt.

<sup>1</sup> Nicolás Maduro, angegriffener Präsident Venezuelas, Rafael Correa, ehemaliger Präsident Ecuadors.



Chile: Massenproteste im neoliberalen Musterstaat

### Fortsetzung von Seite 1

Die Verschuldung stieg massiv an, das Land steht vor dem Kollaps, es droht eine Hyperinflation – seit dem letzten Staatsbankrott Argentiniens sind noch keine zwanzig Jahre vergangen (2001). Auch den bei vielen verhassten Internationalen Währungsfond (IWF) holte Macri in Land zurück: 57 Milliarden Dollar, den grössten Kredit, den der IWF je gewährt hat, half wie immer den gleichen: Den Kapitalisten und deren Handlagern (s. Artikel auf der Kulturseite).

Seit zwei Jahren erlebt das Land eine Krise mit wachsender Armut, die zwischen 30-35 Prozent der Bevölkerung umfasst. 14 Millionen Menschen drohtrn Mangelernährung oder sogar Hunger. Die Zahlen von schwerer Ernährungsunsicherheit (nichts mehr zu essen zu haben) und „nur“ der gemässigten (Einbussen bei der Qualität und Menge der Ernährung) verdoppelte sich in beiden Fällen. Damit liegt Argentinien über dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Ein Job reicht meistens nicht mehr, um das Überleben zu sichern. Man sieht immer mehr Menschen in den Abfällen nach Essbarem suchen. Darüber hinaus gibt es eine verstärkte Kapitalflucht.

Nicht so bei den Reichen und Schönen des Landes: Trotz ökonomischer Krise ist das Vermögen des Ex-Präsidenten Macri, wichtiger Minister und politischer Freunde deutlich gestiegen. Die Familie Macri zählt zu den reichsten des Landes. Ihr Vermögen wird auf rund 500 Millionen Franken geschätzt. Dieses akkumulierte sie in der Macri-SOCMA-Gruppe vor allem während der Militärdiktatur 1976-1983, in den Bereichen Bauwesen, Automobilindustrie, Flugzeuge, Gebäudensystem, Müllabfuhr und Lebensmittelindustrie. Heute zählt sie zu den grössten Holdinggesellschaften in Amerika. Doch auch andere profitierten: Der Chef des Nachrichtendienstes besass 2018 rund 280 Millionen Pesos (4.6 Millionen Franken) an Vermögen, fast 100 Prozent mehr als noch 2017. Der Finanzminister konnte einen Anstieg seines Vermögens um 80 Prozent verbuchen.

### Was fehlt

Sowohl in Chile, als auch in Argentinien, fehlt eine fassbare Gegenmacht, eine gesellschaftlich relevante, revolutionäre Perspektive. Dies gilt auch für die anderen Länder, in denen die Krise durchschlägt. Es ist zu befürchten, dass die linken Proteste, so stark sie situativ auch sein mögen, am Ende ohne tiefgreifende Wirkung verpuffen.

Macri hat seine Wahlniederlage sofort eingeräumt und seinem Herausforderer gratuliert. Zu keinem Zeitpunkt wurde die Wahl von einer gewichtigen gesellschaftlichen Kraft in Frage gestellt. Selbst die normalerweise nervösen Märkte blieben ruhig. Fernández steht denn auch nicht für ein radikal reformistisches Projekt. Er wird vielmehr versuchen, die übelsten Auswüchse der neoliberalen Politik seines Vorgängers zu dämpfen, wie das Anwachsen der hohen Armutsrate oder die sehr hohe Inflation. Ein Bruch mit den Vereinbarungen zum Kredit des IWF steht indes noch nicht im Raum, was die Richtung von Fernández' Politik wohl aufzeigt.

In Chile wiederum, wo das Sprengpotential um einiges grösser ist, zeigt sich die integrative Kraft des Kapitalismus in seiner schönsten Form. Trotz höchst repressivem Klima und andauernden Demonstrationen einigten sich die Regierungsparteien und Teile der Opposition auf einen Kompromiss. Demnach ist für April 2020 ein Referendum vorgesehen, in dem die ChilenInnen entscheiden können, ob sie eine neue Verfassung wünschen. In einem zweiten Schritt wird darüber abgestimmt, wie eine verfassungsgebende Versammlung zusammengesetzt zu sein hat. Zur Wahl steht eine gemischte Versammlung aus ParlamentarierInnen und VolksvertreterInnen oder eine Versammlung, die zu 100 Prozent aus VertreterInnen der Bevölkerung besteht. Die Krux dabei ist, dass gewisse Teile der Opposition und die sozialen Bewegungen, der radikalste Teil der Proteste, bei den Verhandlung zu diesem Kompromiss ausgeschlossen waren. Auch die Gewerkschaften kritisieren, dass dieser Kompromiss hinter dem Rücken der chilenischen Bevölkerung ausgehandelt wurde und nicht weitreichend genug sei. Zudem muss eine Zweidrittelmehrheit dem Ergebnis der verfassungsgebenden Versammlung zustimmen, was schwierig zu erreichen ist. Sollte dieses hohe Quorum nicht zustande kommen, bleibt die Verfassung, die noch aus der faschistischen Zeit der Militärdiktatur stammt (1973-1990), weiterhin bestehen. Es ist zu hoffen, dass soziale Bewegungen weiterhin stark mobilisieren und Druck aufbauen und die sich bildenden, offenen Räte politische Substanz entwickeln. Ansonsten sind wohl nur kleine Korrekturen im neoliberalen Kurs der herrschenden Klasse in Chile zu erwarten. Sollte das nun angebotene Zuckerbrot nicht reichen, steht die Peitsche - mit noch grösserer Brutalität - mit Sicherheit bereit.

## KOMMENTAR

### Ya Basta - Genug ist genug

Steuererhöhungen und jahrzehntelang gebrochene Versprechen haben in zahlreichen Ländern dieser Welt militante soziale Bewegungen hervorgerufen. Nicht nur in Lateinamerika brennen die Strassen, auch im Libanon, im Irak oder im Iran wehren sich die Menschen. Knapp zehn Jahre nach der letzten grossen Protestwelle, dem Arabischen Frühling und den weltweiten Platzbesetzungen, gehen weltweit wieder Millionen Menschen für bessere Lebensbedingungen auf die Strasse.

Die strukturellen Ursachen hierfür sind die gleichen. Waren es im Arabischen Frühling die sichtbaren Folgen der Wirtschaftskrise, sind es heute deren Spätfolgen, etwa die anhaltende Austeritätspolitik und die Perspektivlosigkeit einer Welt, die sich nicht aus ihren Krisen befreien kann. Aus der anhaltenden Krise wächst Zorn, der sich in Strassenkämpfen und Barrikaden entlädt und der im besten Falle zum Widerstand wird. Wir wissen jedoch, nicht zuletzt aus den Erfahrungen vor zehn Jahren, dass nicht jede soziale Bewegung, die den Aufstand probt, automatisch emanzipatorisches Potenzial besitzt. Es ist richtig, dass wir solidarisch mit verschiedenen Bewegungen sind, und dennoch ein Auge darauf haben, wohin sich welche Bewegung orientiert.

Von besonderem Interesse sind die Bewegungen in Lateinamerika, bei denen viele auf eine lange linke Kontinuität zurückblicken können. In Chile gehen revolutionäre Studierende seit längerem schon auf die Strassen, in Kolumbien oder Ecuador gibt es seit Jahrzehnten eine dynamische soziale Bewegung und in Argentinien existiert seit mehreren Jahren eine starke Frauenbewegung. Dabei lohnt es sich, auch ein Auge auf jene Kämpfe zu werfen, die Teil der gegenwärtigen Protestwelle sind, den Weg in die bürgerlichen Medien allerdings nur selten finden. In Haiti, dem Ursprungsland antikononialer Befreiungskämpfe, tobt seit Monaten ein Kampf gegen das korrupte Regime und die amerikanische Einflussnahme. Und auch in Ländern, die gegenwärtig weniger grosse Proteste erleben, erstarken fortschrittliche Kräfte: In Mexiko hat die EZLN Ende August angekündigt, in neue Gebiete zu expandieren.

Soziale Bewegungen kommen wellenartig, und diese Wellen kennen keine Landesgrenzen. Auch wenn es wenige direkte internationale Verbindungslinien zwischen den verschiedenen Bewegungen gibt, weiss man umeinander, und man lernt voneinander. Dieser globale Austausch kann sich implizit gestalten, etwa im anspornenden Wissen darum, welcher Machtfaktor die Strasse darstellt, oder auch explizit, beispielsweise wenn die irakische Protestbewegung – wie Ende November geschehen – das iranische Konsulat anzündet und wenn die chilenische Bewegung die in Hong Kong erlebte Macht von Laserpointern übernimmt.

Die internationalen Verbindungslinien sind es, die auch hier Handlungsspielräume ermöglichen. Aus Rojava wissen wir, welche Kraft die internationale Solidarität geben kann, und dass sie wahrgenommen wird. Dies gilt auch für den Widerstand in anderen Regionen. Als in Zürich Anfangs November der neoliberale Pinochet-Verehrer Axel Kaiser mit Eiern und Milchshakes beworfen wurde, wurde das Video dazu in Chile zehntausendfach geteilt und gelikt. Nutzen wir die Möglichkeiten, wo sie sich ergeben, damit wir am Rande Teil der aktuellen Protestwelle sein können.



Die Pensionskasse der Credit Suisse will hier teure Wohnungen bauen.

## RENTEN

# Zwangssparen für die Immobilien-Riesen

**Das System der Pensionskassen bindet die lohnabhängige Bevölkerung an die Entwicklung des Kapitals und überhitzt den Wohnungsmarkt in den Städten. Die Pensionskassen der Schweiz sind historisch wie auch aktuell wichtige Faktoren im Prozess der Stadtaufwertung und Vertreibung der Bevölkerung. Zu reformieren gibt es somit nichts – abzuschaffen aber durchaus.**

(az) Es ist bereits eine Weile her, seit sich im Frühling 2019 eine Interessensgemeinschaft «Leben im Brunaupark» formiert sowie zu einer Kundgebung auf der Gemüsebrücke hinter dem Zürcher Rathaus zusammengefunden hat. Grund dafür waren die Kündigungen von rund 240 Wohnungen durch die Verwaltung Vincasa, die die Liegenschaft im Namen der Credit Suisse - Pensionskasse verwaltet. Hunderte MieterInnen werden durch diesen Rauswurf in den nächsten Jahren auf die Strasse gestellt und die nicht einmal dreissigjährigen Häuser in Zürich-Wiedikon sollen durch Appartements im gehobeneren Preissegment ersetzt werden. Dieses Vorgehen ist nicht neu. Doch angesichts dessen mutete die Begründung der Grossbank Credit Suisse paradox an: Medial argumentierte sie mit der «sozialen Verantwortung» die die Pensionskasse der Grossbank gegenüber ihren Versicherten wahrzunehmen habe.

Diese Anekdote steht exemplarisch für das komplexe System des Zwangssparens, welches in der Schweiz seit 1985 in Form der Pensionskassen (BVG, berufliche Vorsorge) für alle Lohnabhängigen mit einem jährlichen Verdienst von über CHF 21'330 als obligatorisch gilt.

### Obligatorische Kapitalakkumulation

Während die Einzahlungen der Lohnabhängigen bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mittels Umlageverfahren sofort und kollektiv für die aktuellen AHV Renten verwendet werden – und dadurch nicht in Immobilien und andere zweifelhafte Investitionsfelder angelegt werden müssen – untersteht das BVG dem sogenannten Kapitaldeckungsverfahren. Jeden Monat bezahlen die Lohnabhängigen und die Unternehmen je zu 50% eine Prämie in eine Pensionskasse ein und diese einbezahlten Gelder müssen dann von der Kasse für die Versicherten individuell angelegt und angespart werden. Jüngere Menschen müssen weniger einbezahlen und werden dadurch für die Unternehmen zu kostengünstigeren Angestellten als die älteren KollegInnen. Es dürfte bekannt sein: Ältere Menschen finden gerade aus diesem Grund häufig keine Jobs mehr. Wer zudem öfters einmal den Job wechselt, temporär arbeitet oder (zwischenzeitlich) im Ausland lebt, läuft Gefahr, dass Gelder «vergessen» gehen. Gerade ausländische ArbeiterInnen in prekären Arbeitsverhältnissen sind von diesem Umstand stark betroffen: Die BesitzerInnen von rund drei Milliarden Franken (!) an Pensionskassengeldern sind derzeit unbekannt. Dabei lohnt es sich einzig und allein für das Kapital, wenn Lohnabhängige versehentlich diesen Kassen etwas schenken (siehe Kasten).

Zu erwähnen ist auch die Komplexität rund um die Gelder von Personen, die zwischenzeitlich keinen Job mehr haben. Diese werden an sogenannte Freizügigkeitskonten überwiesen. Dort werden diese Vermögen zwischengelagert, bis die Person wieder einen neuen Job hat und das Geld an die neue Kasse des neuen Unternehmens weitergeleitet

werden kann. Der Aufwand für die Kapitalakkumulation ist also für alle Seiten immens.

Doch das sind noch nicht alle Zumutungen, die das Pensionskassensystem für lohnabhängige Menschen zu bieten hat. Wer weniger als 21'330 Franken im Jahr verdient, erhält keine Rente, dies weil sinngemäss und getreu der kapitalistischen Ideologie Habenichtse auch im Alter solche bleiben sollen. Frauen sind davon besonders betroffen und gefährdet, in Altersarmut zu geraten. Dazu kommt eine Anlagepolitik, welche vollumfänglich durch die KapitalistInnen bestimmt wird, Immobilienspekulation ist wie eingangs erwähnt ein häufiges, wenn auch nicht das einzige Investitionsfeld. Diese kapitalistische Investitionspolitik kann auch dazu führen, dass eine Pensionskasse gar zahlungsunfähig wird und KleinanlegerInnen mit gar nichts mehr dastehen. Man kann sich also durchaus fragen, wie es so weit kam, dass dieses System einst für obligatorisch erklärt wurde.

### Umwandlungssätze als Klassenkampf von oben

(Private) Pensionskassen sind ein klassisches Instrument liberaler Sozialpolitik. In den Siebzigerjahren wurde eine Stärkung des Pensionskassensystem dem Ausbau der Alters- und Hinterlassenenrente vorgezogen und vom Bürgertum als (schlechter) politischer Kompromiss angesehen sowie eingeführt. Man lockte auch mit hohen Zinsen: Das Pensionskassenobligatorium wurde 1985 mit dem Versprechen einer jährlichen Rente von 7,2% des einbezahlten Kapitals für die lohnabhängige Bevölkerung durchgewunken. Heute haben viele Pensionskassen deutlich niedrigere Umwandlungssätze in ihren Reglementen stehen. Bei der Zürcher BVK (Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich) sind es derzeit gar nur 4,85 Prozent, die die Pensionierten jährlich von ihrem einbezahlten Kapital erwarten können. Was in den Achtzigerjahren bereits kritisch eingewendet und von bürgerlicher Seite grossspurig in den Wind geschlagen wurde, ist heute die Realität. So kommt es, dass Pensionskassen-Umwandlungssätze heute auch immer wieder als Klassenkampf von oben und damit als gewerkschaftliche Zankäpfel in Erscheinung treten.

### Staatliche Förderung der Pensionskassen

Einen Wildwuchs an Pensionskassen unterschiedlichster Art gibt es schon seit langer Zeit. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden erste Pensionskassen für LehrerInnen, PolizistInnen und Staatsbeamte eingeführt. Die Pensionskasse der SBB-Angestellten war lange Zeit die grösste Kasse der Schweiz. Pensionskassen wurden nach Konzernen, Branchen oder Berufsverbänden aufgliedert. Historisch sorgte das System der Pensionskassen für die politische und ideologische Integration eines Teils der Angestellten, noch bevor die Alters- und Hinterlassenenversicherung von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft wurde. Während dem Ersten Weltkrieg gewährte der Bund den Unternehmen im Rahmen der Kriegsgewinnsteuer Steuerbefreiungen auf Einzahlungen in eigene «Wohlfahrtseinrichtungen». Auch aufgrund dieser Massnahme wurden von den grossen Firmen hunderte Pensionskassen gegründet. Die Reserven der Kassen wurden häufig auch zur Selbstfinanzierung verwendet. Das Pensionskassenobligatorium 1985 ermöglichte den KapitalistInnen einen grossen und vor allem einen staatlich garantierten Markt – ähnlich wie

bei den Krankenkassen, welche ebenfalls obligatorisch, dennoch aber privat organisiert sind.

### Riesige Investitionen in Immobilien

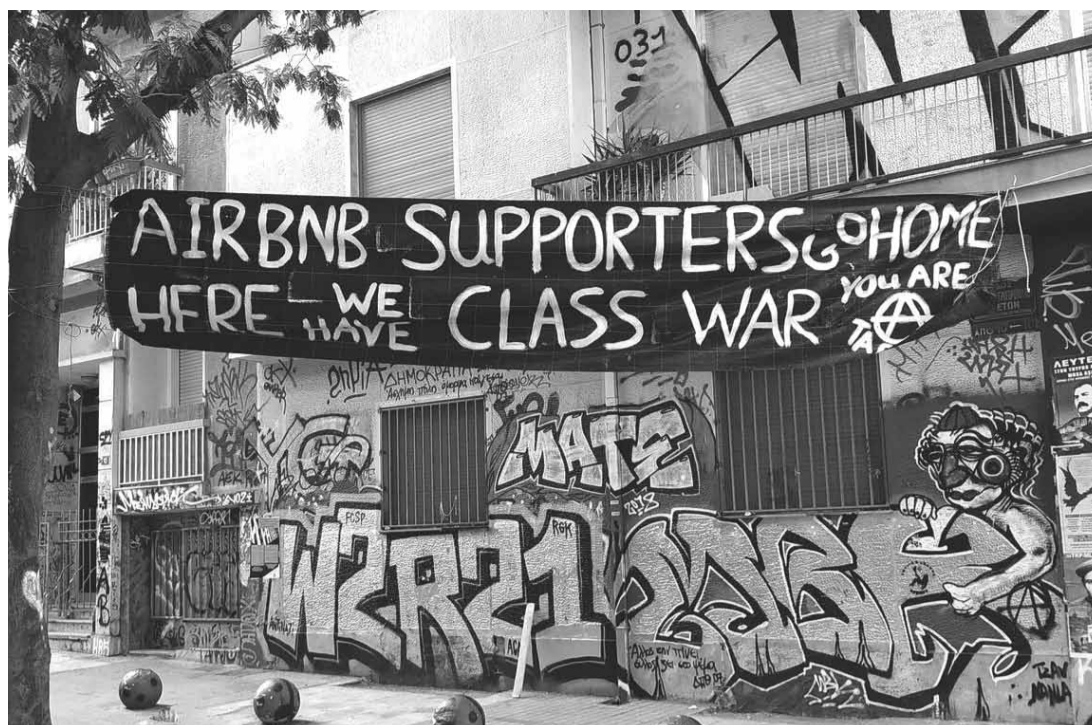
Das System der Pensionskassen gehört bekämpft und abgeschafft, weil es die Altersrenten der lohnabhängigen Klasse an die Entwicklung des Pensionskassen-Kapitals bindet. Pensionskassen machen hunderttausende Lohnabhängige zu KleinanlegerInnen. Es setzt somit die Lohnabhängigen zumindest teilweise ins gleiche Boot wie die KapitalistInnen-Klasse. Und dennoch ist es nicht nur eine ideologische, sondern auch eine lebenspraktische Alltagsfrage. Wie das Beispiel der Brunaupark-Wohnungen veranschaulicht, finanzieren die Lohnabhängigen mit ihren Beiträgen die eigene Wohnungsnot und die Voraussetzungen für tendenziell steigende Mieten mit. Ende 2017 verfügten alle Pensionskassen der Schweiz zusammen über ein Gesamtvermögen von fast 900 Milliarden Franken – was ungefähr dem anderthalbfachen Bruttoinlandprodukt entspricht. Es ist dies ein enormes Kapital, welches investiert werden muss und dies in einer Phase, in der das Kapital krisenbedingt nicht mehr genügend gewinnbringend angelegt werden kann.

Dies ist auch der Hauptgrund für den völlig überhitzten Bausektor, insbesondere den Wohnungsmarkt. Dabei geben die Pensionskassen ein Lehrbeispiel für den Kapitalismus ab: Obwohl sie in der Geschichte noch nie so viel Geld hatten wie gegenwärtig, bekunden sie allergrösste Mühe, dieses Kapital gewinnbringend zu investieren. Die Brunaupark-Wohnungen sind ein anschauliches Beispiel dafür, jedoch bei weitem nicht das einzige. Die Pensionskassen können nicht reformiert werden.

### Zentralstelle 2. Säule: «Fundbüro» für Pensionskassenguthaben

Das System der Pensionskassen konnten wir bisher noch nicht abschaffen. Dennoch benötigen wir eine einigermaßen gute Altersrente im Hier und Jetzt. Eine besondere, bürokratische Absurdität am Pensionskassensystem zeigt sich darin, dass der Bund über ein eigenes Fundbüro für vergessene Pensionskassenguthaben verfügt. Solltest du also kurz vor der Pensionierung stehen und hastest Du zuvor in verschiedenen Betrieben (und gar in verschiedenen Kantonen) mit unterschiedlichen Pensionskassen gearbeitet, so lohnt sich im Zweifelsfall eine Kontaktaufnahme mit der Zentralstelle 2. Säule, Sicherheitsfonds BVG, Geschäftsstelle, Eigerplatz 2, Postfach 1023, 3000 Bern. Denn den KapitalistInnen etwas zu schenken, das wäre in jedem Fall falsch.





Klassenkampf statt «Widerstands-Sightseeing»

## GRIECHENLAND

# Hetze und Plattformkapitalismus gegen die Rebellion

**Im Juli löste Mitsotakis von Nea Dimokratia Tsipras von Syriza als Ministerpräsident Griechenlands ab. Teil Mitsotakis' Wahlkampagne war die Hetze gegen das Feindbild von AnarchistInnen und Flüchtlingen. Nun wird staatlich an- und durchgegriffen.**

(agj) Der Wahlerfolg der klassisch rechten Nea Dimokratia (ND) in diesem Sommer an der Urne lässt sich wohl kaum erklären, ohne zugleich kurz darauf hinzuweisen, dass dieser auch ein Ausdruck der Enttäuschung oder Resignation gegenüber den vollmundigen Versprechungen Syrizas in den vergangenen Jahren ist. Angetreten als ein politisches Produkt aus der Krise und der Bewegung, um den Troika-Diktaten etwas entgegenzuhalten, die stets mehr Sparpakete und weniger Lebensqualität forderten, entpuppte sich Syriza spätestens an der Macht als klassisch sozialdemokratische Partei. Machterhalt um jeden Preis, Befriedung antagonistischer Kämpfe auf der Strasse, Partizipation an den mörderischen Sparregimes und als 2015 im Referendum über die EU-Sparmassnahmen 61 Prozent der Wählenden diese ablehnten, wurde das Resultat kurzerhand in sein Gegenteil verwandelt.

Nun schwingt das Pendel mit der Wahl von ND gewissermassen wieder nach rechts. Vor den Wahlen wurde in den bürgerlichen Medien ordentlich reaktionäre Stimmung erzeugt, Frust und Wut auf die noch schwächeren Menschen in der Gesellschaft gelenkt und damit klassische Spaltungspolitik betrieben. Die zwei hauptsächlichen Personengruppen im Land, die dabei ins Visier genommen wurden, waren einerseits die Geflüchteten, welche das Land überfluten würden. Andererseits aber revolutionäre Kräfte, welche ein Räume ohne Gesetze schaffen würden, in denen angeblich Drogenhandel, Besetzungen und Ausschreitungen zur Tagesordnung gehören. Vor dieser Kulisse versprach ND durchzugreifen und sauberzumachen.

## «Säubern und räumen!», so die Devise der Rechten

Angetreten mit diesem Wahlversprechen, wurde nach der Wahl entsprechend gehandelt. Wohlgermerkt: Es ist nicht so, dass es unter Syriza keine Räumung besetzter Häuser gab, dass unter Syriza den ins Land Geflüchteten mit Respekt begegnet wurde. Doch die Geschwindigkeit, Aggressivität, propagandistische Ausschaltung und allgemein Gründlichkeit, mit der ND angriff, war doch von einer neuen Qualität. Bereits wenige Tage nach den Wahlerfolgen wurden erste Besetzungen geräumt, in denen primär Sans-Papiers lebten. Während in überfüllten und entlegenen Flüchtlingslagern Menschen bei Bränden starben, die auch ein Symptom der miserablen Bedingungen an diesen Orten sind, wurde zeitgleich in Städten wie Athen das Wenige zerstört, was sich zahlreiche Menschen in den vergangenen Jahren aufgebaut und erkämpft hatten. Denn die Polizei belies es nicht bei der Räumung an sich, sondern es wurden unbewohnbar gemacht und Türen zugemauert. Die BewohnerInnen der Häuser wurden wiederum mit Bussen aus den Städten in jene Lager gefahren, die seit Jahren beste Beispiele für die Barbarei des europäischen Grenzregimes sind.

Zeitgleich trieb Mitsotakis weitere Massnahmen vor-

ran, um den Repressionsapparat in Griechenland zu stärken und Gesetze einzuführen, die sich offenkundig gegen den Widerstand richten und autoritäre Qualitäten haben. Bei der Polizei sollen etwa 2000 neue Stellen geschaffen werden, wovon mehr als die Hälfte der Motorradstaffel «Delta» zufallen. Diese Einheit ist für ihre Einsätze bei Demonstrationen berüchtigt, wo sie oftmals die Speerspitze des Angriffs bildet und für ihre Brutalität bekannt ist. Menschen, die ohne gültige Ausweispapiere aufgegriffen werden, sollen künftig für bis zu zwölf Monate inhaftiert werden, während zugleich das Universitätsasyl abgeschafft wurde.

Universitätsasyl bedeutet, dass weder Polizei noch Militär das Gelände von Universitäten betreten dürfen. Dies hat in Griechenland eine enorme politische und symbolische Bedeutung. Historisch ist es ein Produkt des Widerstands gegen die Militärdiktatur. Da sich der Widerstand gegen die Junta an den Universitäten konzentrierte und organisierte, wurde nach dem Sturz der Generäle das Asyl auf diesen Geländen gesetzlich festgehalten. Heute, 46 Jahre nach dem Aufstand vom 17. November 1973, ist es die ND, welches das Rad der Zeit zurückzudrehen versucht und diese Errungenschaft zerschlagen will. Der Symbolismus dieses Akts wird dadurch weiter aufgeladen, weil sich die Massnahme zeitlich mit dem jährlichen Gedenken an diesen Aufstand überschneidet. Das Polytechnio im Stadtteil Exarchia von Athen, welches der zentrale Ausgangspunkt des Aufstands vom 17. November war, wurde im Vorfeld des Jahrestags geschlossen, die Tore mit Ketten verschlossen und die Eingänge polizeilich bewacht.

## Kapitalkräftige statt Riot-Tourismus

Exarchia bildet allgemein so etwas wie die zweite Front im staatlichen Angriff. Hier konzentrieren sich räumlich die Feindbilder, welche die ND in ihrem Wahlkampf aufgebaut hat, hier schlägt das Herz des politischen Widerstands in Athen. Viele der ersten Besetzungen, in denen Geflüchtete lebten und die durch die neue Regierung geräumt wurden, befinden sich in diesem Quartier. Weiter gibt es hier zahlreiche politische und soziale Projekte, die auf Selbstorganisation von unten setzen und dadurch den neuen Herren im Land ein Dorn im Auge sind. Schliesslich ist es ein Quartier, welches über Jahre die Polizei grösstenteils aus seinen Strassen vertrieb, was einerseits den Raum für eigene Projekte öffnete, andererseits aber auch die Präsenz der Drogenmafia in der Gegend erleichterte.

Es muss allerdings bemerkt werden, dass der Angriff auf Exarchia nicht mit dem Amtsantritt der neuen Regierung begann. Schon seit Jahren ist dieses Quartier ein beliebtes Ziel von Aufwertungsversuchen. Ganz ähnlich wie man es von Kreuzberg in Berlin oder St. Pauli in Hamburg kennt, wird die Präsenz des Widerstands (allgegenwärtig ersichtlich an Wänden oder in Form der vielen linken Zentren) zu einem Element der Kommodifizierung des Quartiers. Auf Plattformen wie Airbnb werden Wohnungen vermietet und beworben mit dem Hinweis darauf, dass man sich hier in einer ganz verruchten Gegend bewege. Es gibt «anarchistische Quartierrundgänge», bei denen man

zu einer Art entpolitisierendem Polittourismus eingeladen wird und die immer wieder angegriffen werden, wenn sie Selfie-schiessend durch die Strassen Exarchias flanieren, stets auf der Suche nach dem möglichst «instagramable Moment».

Als Folge dessen ist es bereits heute so, dass viele Häusern in Exarchia eigentlich gar nicht mehr von Leuten bewohnt werden, die dort leben, sondern nur noch von jenen, die dort auf der touristischen Durchreise kurz verweilen. Das Quartier wird gewissermassen gesellschaftlich ausgehöhlt, ähnlich wie in gewissen Vierteln Barcelonas, wo die TouristInnen Häuser und Strassen fast gänzlich via Airbnb übernommen haben. Eine Folge davon sind die durchschnittlichen Mieten, die in den vergangenen drei Jahren um rund 30 Prozent gestiegen sind, eine andere ist, dass immer weniger derjenigen, die im Quartier politisieren, auch im Quartier leben können. Was handkehrum dann zum Problem wird, wenn «Delta»-Einheiten auf ihrer Jagd nach MigrantInnen oder AnarchistInnen in Exarchia einfallen, sich der Widerstand dagegen aber (grösstenteils) von ausserhalb des Viertels mobilisieren muss.

Doch die neue Regierung bläst zum intensivierten Aufwertungsangriff gegen Exarchia. Seitdem sie an der Macht ist, hat die Häufigkeit, mit der Polizeieinheiten im Quartier unterwegs sind und Präsenz markieren, markant zugenommen. Sie besetzen den zentralen Platz im Viertel, um welchen sich das soziale Leben vor Ort abspielt, und greifen die politischen Projekte unablässig an. Ein zentrales Element in ihren Plänen für eine Umgestaltung des Viertels ist die Errichtung einer Metrostation an diesem zentralen Platz, damit die Tourismusströme noch einfacher und schneller in das Quartier gelenkt werden können. Zwecks Konfliktbewältigung war sich die Nea Dimokratia Ende November auch nicht zu schade, mit Räumungsumtaten gegen alle Besetzungen in Exarchia zum nächsten Schlag auszuhohlen: Werden die Squats nicht innerhalb von 14 Tagen verlassen, sollen sie gewaltsam geräumt werden. Nicht zufällig läuft die Frist kurz vor dem 6. Dezember – dem Todestag von Alexandros Grigoropoulos, an welchem es seit 2008 in Griechenland regelmässig zu Strassenkämpfen kommt. Während Mitsotakis und seine reaktionären Freunde befürchten, dass Besetzungen als Treff- und Bezugspunkt für Militante dienen, hoffen wir, dass eben dies gelingt. Sowie am 17. November, als Zehntausende auf der Strasse dem Widerstand gegen die Militärdiktatur gedachten und Delta-Einheiten mit Steinen und Molotow's eingedeckt wurden.

Diese Zeitung wurde Ende November gedruckt, daher konnten wir nicht auf Ereignisse rund um den 6. Dezember eingehen.



In der Heimarbeit arbeiteten wie bei dieser Winderin auch Kinder mit.



Kuriere für Lieferdienste sind oft nicht optimal für den Alltag auf dem Velo ausgerüstet.

## GIG-ECONOMY

# Vom Weben und Liefern

**Das Abwälzen von Risiken und Verantwortung auf Arbeitende ist so alt wie Kapitalismus selbst. Welche Eigenheiten präg(t)en die verschiedenen Momente dieser Entwicklung?**

(rabs) Fahren für Uber, einsammeln von E-Scootern, Verdienen von Geld durch das Ausfüllen von Umfragen am Computer oder am Smartphone: Es gibt scheinbar immer mehr Möglichkeiten, neben oder anstatt einer geregelten Lohnarbeit Geld zu verdienen. Solche, meist digital vermittelte, Nebenjobs scheinen etwas Neues zu sein, schliesslich sind sie eng verbunden mit technischen Errungenschaften der letzten Jahre.

Ein Blick auf die Entwicklungen der bezahlten Arbeit im Kapitalismus zeigt jedoch, dass zentrale Eigenschaften dieser Jobs keineswegs neu sind. Neu ist weder die Prekarität, noch das Verlangen nach ständiger Verfügbarkeit der Arbeitenden, noch die Forderung nach deren «Eigenverantwortung». Der Kapitalismus ist erfinderisch im Auspressen von Arbeitskräften und legt dabei eine grosse Kontinuität an den Tag.

### Verteilte und vereinzelte Produktion

Schon seit dem Mittelalter wurde in Europa damit begonnen, die Produktion in Zwischenschritte zu zerlegen und an verschiedene Arbeitende zu verteilen. Davor war es üblich, dass (in Zünften organisierte) Handwerksbetriebe ein Produkt von A bis Z fertigten. Die neuen, verteilten Produktionen ermöglichten es, Produktionsschritte in Heimarbeit zu erledigen. Manche Familien verdienten sich durch solche Arbeiten ein Zubrot für karge Zeiten.

Sogenannte Verleger<sup>1</sup> liessen Rohmaterialien oder Halbfabrikate von abhängigen ArbeiterInnen in Heimarbeit verarbeiten. Das Verlagswesen war zentral für die Entstehung des Industriekapitalismus, besonders in der schweizerischen Textil- und Uhrenindustrie. Dieses Arbeitsverhältnis machte ArbeiterInnen abhängig von Verlegern, die die zu verarbeitenden Materialien lieferten, die verarbeiteten Produkte abholten und für die Bezahlung verantwortlich waren.

In solchen verteilten Produktionssystemen gab es je nach Branche und Region grosse Unterschiede. In der Basler Seidenbandindustrie war beispielsweise die Kontrolle besonders eng. Die Produktionsmittel waren im Besitz der Fabrikanten. Sowohl die Rohmaterialien, die verarbeiteten Produkte als auch die Maschinen gehörten der auftraggebenden Firma und nicht den Arbeitenden selbst. Die Arbeit liess sich gut mit einer Tätigkeit in der Landwirtschaft kombinieren. Gerade im Baselbiet arbeiteten meist Frauen in der Textilindustrie, die wegen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als weiblich galt, in Heimarbeit. Bauerntöchter mieteten sich gar in gewerblich ausgerichtete Kleinbauernhaushalte in der Landschaft ein, um für die Basler Seidenbandindustrie zu arbeiten. Dies trug dazu bei, dass es in der Basler Landschaft bis ins späte 19. Jahrhundert kaum eigene Industrie gab, die Leute arbeiteten in ihren eigenen Räumen der städtischen Seidenbandindustrie zu.

In der Region Zürich dagegen waren eher Kaufsysteme verbreitet. Selbständige ZwischenhändlerInnen kümmerten sich darin um den Ankauf, die Verteilung, das Einsammeln und den Weiterverkauf der Rohstoffe und Zwischenfabrikate. Die ArbeiterInnen arbeiteten in der Regel mit ihren eigenen Geräten, besaßen also beispielsweise ein eigenes Spinnrad oder einen Webstuhl. Die Abhängigkeit von den Verlegern war zwar vorhanden, aber weniger absolut. Kaufleute in den Städten sicherten sich das Recht auf den Import von Rohmaterialien und den Export der fertigen Produkte. Ländliche Tüchlerinnen, meist waren es Frauen, nahmen Warenkredite bei solchen Kaufleuten an. Die Rohmaterialien gaben sie weiter an Heimweberinnen. Manche Tüchlerinnen beschäftigten Träger, die von ihnen abhängig waren und die Materialien transportierten.

Die Arbeit in der Produktion im eigenen Haushalt war, im Kontext der Frühindustrialisierung, beliebter als die Arbeit in den neu entstandenen Fabriken. Die Arbeitszeiten konnten flexibler eingeteilt werden, was eine gleichzeitige Tätigkeit in der Landwirtschaft ermöglichte. Arbeitszeiten waren überall enorm lang, die Arbeit überall schwer. FabrikarbeiterInnen hatten sich jedoch zusätzlich an Arbeitszeiten und Reglemente zu halten, in der Heimarbeit gab es das nicht. Ausserdem konnten allenfalls Rohmaterialien illegal auf eigene Rechnung weiterverkauft und damit der Lohn aufgebessert werden. Betreuungsaufgaben und Einkauf war dank flexibler Arbeitszeiten einfacher.

### Flexibilität, Verfügbarkeit, Frust

Eben diese Flexibilität wird auch heute bei den App-vermittelten Tätigkeiten, der sogenannten «Gig-Economy», als besonders positiv herausgestrichen. Arbeitende erfüllen kleine, einzelne Aufträge. Der Begriff leitet sich von Gigs aus der Kulturbranche ab, wo für einzelne Auftritte bezahlt wird. Die Arbeitenden in diesem Wirtschaftszweig liefern Essen aus, sammeln E-Scooter ein oder fahren Uber-Taxi. Sie sind nicht Angestellte des Unternehmens, dessen App ihnen die Aufträge gibt, sondern gelten als Selbständige oder FreiberuflerInnen.

### E-Scooter

In Schweizer Städten prägen seit letztem Jahr E-Scooter das Strassenbild. Die Tretroller können mit einer App benutzt und überall abgestellt werden. Ist der Akku leer, werden sie von «Juicern» oder «Rangers» eingesammelt, aufgeladen und wieder im öffentlichen Raum abgestellt. Diese ArbeiterInnen sind, ähnlich wie Uber-FahrerInnen, meist nicht direkt bei den jeweiligen Unternehmen angestellt. Sie arbeiten per App, müssen sich selbst um den Transport der E-Scooter und die damit verbundenen Kosten kümmern. Die Bedingungen unterscheiden sich dabei zwischen den verschiedenen Unternehmen, die in der Schweiz tätig sind. Anbieter tauchen auf und können auch schnell wieder verschwinden. Eine zuverlässige Verdienstmöglichkeit gibt es dort deshalb nicht. So beschreiben denn auch Arbeitende ihre Tätigkeit eher als Zusatzdienst oder als bezahltes Hobby.

### Essensauslieferung

Menschen auf Velos mit einer grossen, würfelförmigen Isolations-Box auf dem Rücken sind immer öfter auf den Strassen unserer Städte anzutreffen. Die Box zielt das Logo eines Lieferdienstes wie Uber Eats, Foodora oder Deliveroo. Deren Geschäftskonzept ist es, Restaurants oder Imbiss-Buden, die bisher keinen eigenen Lieferservice unterhielten, diesen Dienst anzubieten. Dazu heuern sie Leute an, die sich von der App zu den jeweiligen Restaurants schicken lassen, dort das Bestellte einpacken und damit zur hungrigen Kundschaft fahren.

Die Löhne sind auch hier nicht allzu rosig, zwar gibt es manchmal Trinkgeld, doch darauf können sich die FahrerInnen nicht verlassen. Sie müssen zudem ihr eigenes Arbeitsmaterial bringen, das heisst ein eigenes Velo und ein funktionierendes Smartphone. Geht eins dieser Arbeitsgeräte kaputt, ist die FahrerIn selbst für Reparatur oder Ersatz verantwortlich, die Dienste zahlen auch keine oder kaum Beiträge an Verschleisssteile wie die Bremsen am Velo. Dazu kommt weitere nötige Ausrüstung wie wetterfeste Kleidung, die sich FahrerInnen mit dem miesen Lohn kaum leisten können.

Seit Mai 2019 gibt es einen GAV für Velokuriere. Der ist (noch) nicht allgemeinverbindlich. Trotzdem finden die Firmen, die den neuen GAV nicht einhalten, schnell Arbeitende. Die Flexibilität der Arbeitszeiten, der unkomplizierte Anstellungsprozess, der geringe Aufwand und die geringe verlangte Qualifikation sind für viele, oft junge, Arbeitende auf den ersten Blick attraktiv. Die Apps versprechen einen Zusatzverdienst, und dabei noch Velofahren, das scheint eigentlich ganz toll. Doch Arbeitende in diesem Bereich klagen über den miesen Lohn, über die kaum vorhandene Kommunikation zu den ArbeitskollegInnen und zur Chefetage. Die Fluktuation ist hoch. Wenige machen den Job über lange Zeit, und Vollzeit zu arbeiten schafft kaum jemand.

### Untergrabene Errungenschaften

Egal ob es um das Einsammeln und Aufladen von E-Scootern, um Essensauslieferung oder um das Erfüllen von Aufträgen an einem digitalen Endgerät geht: die Firmen, die per App Scheinselbständige beschäftigen, umgehen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wie Arbeitszeitbeschränkung, gewerkschaftliche Organisation oder Sozialversicherungen und untergraben sie.

In der Entwicklung des Kapitalismus kamen die Arbeitenden im Verlagssystem und in Fabriken aus ihrer Vereinzelung, organisierten sich und erkämpften gemeinsam Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. An Beispielen wie dem Velokurier-GAV sehen wir, dass mit Arbeitskämpfen auch heute der Vereinzelung begegnet werden kann.

<sup>1</sup>Verleger waren oft Männer, gerade in der Region Zürich gab es aber oft Tüchlerinnen, die den Warenaustausch zwischen den Kaufmännern (Verlegern) in den Städten und den ländlichen ArbeiterInnen organisierten.



## Im Bild

Der Militärputsch der Rechten und Oligarchen in Bolivien gegen die Regierung von Evo Morales und seiner Partei Movimiento al Socialismo liegt ganz im Interesse der multinationalen Konzerne, insbesondere des US-Imperialismus: In Bolivien befinden sich grosse Reserven an Lithium, das für die Herstellung von Batterien und Smartphones benötigt wird. Nachdem Morales unter Druck der Militärs ins Exil fliehen musste, gingen Tausende seiner AnhängerInnen, darunter viele Indigenas, protestierend auf die Strassen. Dabei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Evo Morales ist insbesondere bei den Frauen und der indigenen Bevölkerung beliebt, weil er grosse soziale Fortschritte durchgesetzt und die Armut stark verringert hat. Unter dem Namen der Dekolonisierung trieb Morales die Integration der indigenen Frauen voran. Zahlreiche von ihnen sitzen heute in verschiedenen politischen Ämtern, arbeiten als Ladenbesitzerinnen oder Lehrerinnen. Deswegen sind diese Frauen nun auch stark auf der Strasse vertreten, sie wissen, was sie zu verlieren haben und dass sie für ihre Rechte kämpfen müssen.

### WARENFETISCH

## Unboxing - Marx packt aus

Sogenannte ‚unboxing videos‘ gehören zu den beliebtesten Inhalten auf Online-Videoplattformen. Millionen von NutzerInnen verfolgen gebannt das Auspacken von Produkten. Ein solcher Zeitvertreib kann nur vergnüglich sein, wenn man in den Produkten nicht bloss die Vergegenständlichung von Arbeit erkennt, sondern ein beinahe religiöses Verhältnis zu ihnen entwickelt.

(agkkz) Tippt man das Wort «unboxing» in die Suchzeile des Videoportals Youtube, präsentiert sich einem ein endloses Angebot an Videos, in denen, dem Suchbegriff entsprechend, Produkte ausgepackt werden. Millionen von ZuschauerInnen scheinen davon angetan zu sein, dem Entpacken von allerlei Gegenständen beizuwohnen. Bedient wird dabei das ganze Warensortiment, vom Mobiltelefon bis zum Wattestäbchen. Wer ab einem solchen Zeitvertreib die Stirn runzelt, kommt nicht umhin, sich zu fragen, welchen Stellenwert Produkte für die BetrachterInnen einnehmen, so dass das Schauen eines Videos, in dem ausgepackt wird, als befriedigend wahrgenommen wird?

#### Der Fetischcharakter der Ware

Gegen Ende des ersten Kapitels des Kapitals stellt Marx fest, dass die Ware, auf den ersten Blick ein selbstverständliches, alltägliches Ding voller theologischer Mucken ist. So entlehnt er auch den Begriff des Fetischs den damaligen Religionswissenschaften. Dort wird der Fetischismus als ein Hineinprojizieren menschlicher Urteile in die gegenständliche Welt verstanden. Demzufolge besitzen Gegenstände Eigenschaften, die sie tatsächlich nicht besitzen. Wie etwa ein Stein, der von guten oder bösen Geistern bewohnt wird und aufgrunddessen verehrt wird. Für Marx ging es dabei darum, dass die Produkte menschlicher Arbeit erst durch deren Austausch zur Ware werden und dabei einen Wert zugewiesen bekommen. Er kritisiert die Praxis, den Wert von Produkten als ihnen innewohnende Eigenschaft zu interpretieren, als Warenfetisch. Der Tauschwert eines Diamanten beispielsweise ist keine stoffliche Eigenschaft, welche von ChemikerInnen entdeckt werden könnte, sondern Resultat eines gesellschaftlichen Prozesses.

#### Der Geist in der Kiste

Es stellt sich die Frage, welche Fetischisierung der Ware von den ZuschauerInnen der Unboxing Videos betrieben wird? Welche Geister glauben sie in den Verpackungen zu wissen, deren Öffnung sie Zeugen werden? Wer einen Teil seiner Lebenszeit damit verbringt, zu beobachten wie ein Mobiltelefon seiner Verpackung entnommen wird, sieht im besagten Gegenstand offensichtlich mehr als eine Ansammlung Halbleitern inklusive Bildschirm und Bedienungsknopf. Es ist auch nicht der Fall, dass die erwähnten Videos aufwändig produziert wären oder

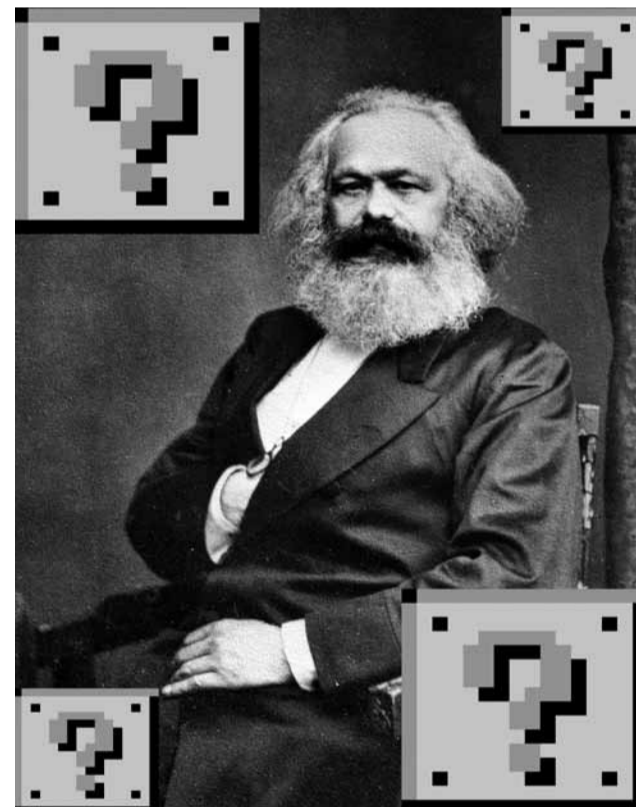
neben dem blossen Auspacken von Produkten irgendeinen Unterhaltungswert bieten würden. Das Mobiltelefon wächst über seinen realen Charakter, das Produkt einer gesellschaftlichen Arbeit zu sein, hinaus und wird in mythische Gefilde erhoben, in denen es für seine BesitzerInnen Repräsentation von emotionalen und sozialen Werten wird. Den Videos fehlt es an Momenten, in denen die ProtagonistInnen ehrfürchtige und mitunter neidvolle Blicke ab ihrem neuen Besitz ernten, aus denen sich eventuell ein emotionaler und sozialer Wert des Produkts ableiten liesse. Gesellschaftliches Ansehen und Akzeptanz gehen von dem Gegenstand an sich aus und scheinen nicht mehr Folge gesellschaftlicher Prozesse zu sein. Diese sozialen und emotionalen Werte sind die Geister, welche in der Kiste, im Produkt, zu leben scheinen, hier kommt der Fetisch zum Zuge.

#### Die Liturgie des Konsums

Die beschriebene Fetischisierung der Ware ist dabei kein natürlicher Prozess, sondern Resultat geschickter Vermittlung von Unternehmen an ihre Kundschaft. Wenn die Vorstandsvorsitzenden der führenden Tech-Unternehmen ihre neuen Produkte präsentieren, so glaubt man einer Messe beizuwohnen. Sie inszenieren sich als Religionsstifter und präsentieren den Gläubigen die neusten Offenbarungen ihres Gottes, der den Namen Konsum trägt. Was zum Kauf vorgeschlagen wird sind nicht mehr Produkte, es sind Devotionalien mit denen sich die eigene Frömmigkeit zur Schau stellen lässt. Letztlich wird die soziale Zugehörigkeit zu der Gruppe der Gläubigen erkaufte. Die Möglichkeit, dass die Eigenschaft der Herstellung sozialer Zugehörigkeit, einem Geist gleich, im Produkt lebt, muss von einer autoritären Instanz geschaffen werden. Ebendies scheinen die Konzerne verstanden zu haben.

#### Vorbilder hinter dem Bildschirm

Die horrende Anzahl an Unboxing Videos zeigt, dass die Fetischisierung der Ware etablierter Teil der gegenwärtigen Kultur ist. Ihr blosses Vorhandensein legitimiert und reproduziert unser mystisches Verhältnis zu den Produkten gesellschaftlicher Arbeit. Ein weiterer Aspekt ist die Tatsache, dass wir ProtagonistInnen beim Akt des Auspackens beobachten. Sobald wir uns ein Video anschauen, identifizieren wir uns unweigerlich mit den tragenden Figuren. Sehen wir einem Cowboy beim Reiten in den Sonnenuntergang zu oder verfolgen wir die Abenteuer eines Geheimagenten auf der Leinwand ist dies einerseits Eskapismus, der uns den drögen Alltag vergessen lässt, aber immer auch Perspektive. Eigentlich möchten wir selber Cowgirls/ Cowboys oder GeheimagentInnen sein, romantische Outlaws oder mutige KämpferInnen für das Gute, oder, zurück zum Unboxing Video, möchten wir eigentlich einfach Dinge auspacken.



Marx hätte im auf Videoplattformen grassierenden Auspackwahn wohl eine Fetischisierung der Ware erkannt.

Dies trägt nicht direkt zur Fetischisierung der Ware bei, stellt aber dennoch sicher, dass das Heer von KonsumentInnen weiter anwächst.

#### Die Entfetischisierung

Wie sind die Geister zu vertreiben, welche unsere Waren heimsuchen, ihnen übernatürliche Attribute verleihen? Marx identifiziert den Warenfetisch als Eigenart der bürgerlichen Ökonomie und schlägt vor, wie die Geister zu vertreiben sind:

«Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet sofort, sobald wir zu andren Produktionsformen flüchten.»



Schuhe, Steine und Molotow-Cocktails gegen türkisch-russische Patrouillen in Rojava erinnern an die Kampfformen des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzungsmacht.

## INTERVIEW

# Rojava: Bericht einer Genossin

Eine Genossin unserer Organisation besucht seit 2015 regelmässig Rojava. Sie verfolgt den Verlauf der gesellschaftlichen Prozesse, die Entwicklung der InternationalistInnen und die geostrategischen wie militärischen Aspekte. Sie war in der ersten Phase der Militäroperationen vor Ort und hat zwei Monate dort verbracht.

**(raw/gpw) Kannst du einen Überblick über die Situation seit der Invasion vom 9. Oktober schaffen?**

Rojava befand sich bereits davor in der Mobilmachung. Diese läuft seit September des letzten Jahres, die Lehren aus der Invasion von Afrin wurden gezogen. In der Zeit als klar war, dass die Panzer für den Moment nicht über die Grenze rollen werden, wurden in Rojava die gesellschaftlichen Prozesse weiter getrieben und die Mobilmachung nicht zurückgenommen. Das heisst, das Bewusstsein für den Krieg zu schärfen, den Widerstand sowohl im militärischen und vor allem im zivilen auf den Angriff vorzubereiten und die Ausbildung an den Waffen zu organisieren.

Als dann deutlich war, dass die Türkei angreifen wird, waren die Menschen vorbereitet. Natürlich gab es grosse Spannungen: In welchen Städte an der Grenze werden die Angriffe intensiviert? Wann kommen die Luftangriffe? Denn es war und ist klar, dass die imperialistischen Kräfte den Luftraum für den Angriff öffnen. Erste Angriffe mit schweren Waffen erfolgten in Qamishli, doch schnell zeigte sich, dass der Hauptangriffspunkt in Serekaniye liegen wird. Das Eigenartige in einer solchen Situation ist, dass man sich sehr schnell daran gewöhnt. Man ist sehr aufmerksam, versucht den Verlauf und den Charakter der Situation zu verstehen. Wenn es sich dann klärt, folgt eine gewisse Beruhigung. Das Leben geht weiter, Strassen werden geputzt und Häuser gebaut. Normalität als Waffe gegen Trauma und Ängste.

Serekaniye entwickelte sich zum Widerstandsort gegen den türkischen Faschismus. Das wurde ermöglicht durch gute Kriegsvorbereitungen, im Speziellen taktische Elemente gegen die Bombardierungen aus der Luft, bei denen Lehren aus Afrin umgesetzt wurden. Viele InternationalistInnen, darunter auch das Internationale Freiheitsbatalion (IFB), welches nach längerer Zeit wieder aktiver und eigenständiger Teil der militärischen Operationen ist, waren in dieser Zeit an der Front in Serekaniye und kämpften mit sehr grosser Kraft gegen die faschistischen Invasoren. Dieser Widerstand hat eine sehr grosse Bedeutung.

Im Zuge der unterschiedlichen Abkommen, so auch dem sogenannten Waffenstillstandsabkommen zwischen der Türkei und den USA, und den zahlreichen Wechseln der imperialistischen Linie – mal zieht ein Militärkonvoi hier durch, dann wieder einer anderen Kraft, dann ziehen sich gewisse zurück, nur um später wieder aufzutauchen – war irgendwann klar, dass dies absolutes imperialistisches Chaos ist. Für uns hiess das, dass die Spannung und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Kräften uns einen Raum eröffneten, um unsere Sache zu verstärken und vorzubereiten.

**Was muss man erwarten, wenn die Türkei militärisch erfolgreich wäre?**

Man darf nicht vergessen, dass in Knästen oder an Orten wie dem Camp Al-Hol Tausende AnhängerInnen des Daesh ausharren. Darunter 11'000 seiner glühendsten internationalen AnhängerInnen. Die Situation ist brandgefährlich und dort bestimmen die radikalsten Daesh. Sie sind ein gefährlicher Faktor im gesamten Krieg. Weiter muss man sehen, dass es überall, wo die türkische Armee oder ihre dschihadistischen Bande hinkommen, zu ethnischen Säuberungen kommt. Diesen türkischen Faschismus darf man nicht unterschätzen. Es kommt zu einer Türkisierung und Islamisierung der besetzten Gebiete, sei es in der Schule oder im öffentlichen Leben. Das beobachten wir in Afrin. Es ist klar, dass der 30 Kilometer breite Streifen, den Erdogan besetzen will, alles andere als ein Schutzraum sein wird.

Derweil ist der Widerstand von lokalen und internationalistischen Kräften enorm und er geht weiter. Es wird militärisch ein langer, schwieriger und harter Kampf. Diese historische Situation ist absolut einmalig. Praktisch alle wichtigen imperialistischen Kräfte sind auf diesem Raum aktiv – die kurdische Bewegung redet aus diesem Grund vom 3. Weltkrieg. Trotz allen Widersprüchen der Imperialisten besteht unter ihnen die Einheit, dass niemand ein perspektivisches Interesse daran hat, ein revolutionäres Projekt wie Rojava gedeihen zu sehen. Es geht ihnen um geostrategische Interessen und eigene langfristige Projekte in dieser Region, wie beispielsweise die Kontrolle der Ölfelder. Krieg und Faschismus stehen hier konkret dem demokratischem Zusammenleben zwischen verschiedenen Ethnien und Religionen diametral entgegen.

**Es gibt den Vorwurf, dass Rojava ein Spielball der imperialistischen Mächte ist. Wie wird das vor Ort bewertet?**

Wenn man sich damit auseinandersetzt, was eine Revolution ist, sieht man: Es ist ein Prozess in einer absolut widersprüchlichen Situation. Prozesshaftigkeit bedeutet mit diesen Widersprüchen zu arbeiten. Die Revolution in Rojava ist keine Sache, die man einfach an- oder abschalten kann, sondern ein revolutionärer Prozess in einer historischen Etappe. Dabei könnten die Schwierigkeiten in Rojava nicht viel grösser sein, als sie jetzt vorzufinden sind.

Ich denke man muss in einer solchen Situation nicht in erster Linie schauen, wer wo was mit wem macht, sondern zu verstehen versuchen, wie sich ein revolutionärer Prozess in einer solchen Position verteidigt. Was ist überhaupt möglich? Wie unterscheidet man zwischen Taktik und Strategie - in welcher Situation wird ein taktisches Element zu einem strategischem und wie verhindern wir das? Was heisst es, das Strategische zu verteidigen, wenn es

in einer Situation eine historische Änderung gibt? In den 7 Jahren von Rojava hat sich sehr vieles verändert. Es ist ein Prozess, kein Stillstand, keine Utopie und keine Blase. Es ist eine Möglichkeit, um zu lernen, wie man sich für das einsetzt, was einem wichtig ist, und sich den Widersprüchen stellt. Dann muss man feststellen, es ist ein Kampf, ein Kampf um strategische Priorität. Es ist ein Kampf, wo man auch taktische Elemente akzeptieren muss, weil man sonst kaputt geht. Dieses Lernen, was Dialektik bedeutet und was Vorankommen bedeutet in der Gesellschaft, zwischen den Menschen, zwischen den verschiedenen Ethnien, Religionen und auch Gebieten. Es heisst lernen, was Revolution heisst. Was wir jetzt erleben, ist ein historischer Moment, den man nicht verpassen darf. Wenn wir den Prozess im eigenen Land weiter entwickeln wollen, dann müssen wir nicht zwischen gut und böse unterscheiden, sondern lernen, mit Strategie und Taktik umzugehen. So sind wir in der Lage, uns Veränderungen anzupassen und immer wieder nächsten Schritte zu überprüfen.

**Wir hören immer wieder, dass die internationale Solidarität enorm wichtig ist und in Rojava wahrgenommen wird. Wie kommt das denn dort an?**

Ja, das ist so. Es laufen stets kurdische Fernsehsendungen, dauernd laufen Bilder der Grossdemos und der Widerstandsaktionen aus aller Welte über die Bildschirme. Die Bevölkerung von Rojava und die kurdische Bewegung ist nicht alleine, sondern die Welt ist auf den Strassen. Die Massenmobilisierungen spielen dabei eine wichtige Rolle im Krieg. Es ist für uns wichtig, zu realisieren, dass wir tatsächlich ein Teil des Machtfaktors geworden sind, welcher sie konkret vor Ort stärkt. Was wir hier tun, gibt ihnen dort nicht nur viel viel Kraft, sondern wird ein Faktor des Drucks gegen die Herrschenden.

Doch wir müssen auch an unseren eigenen Prozess denken. Solidarität und Internationalismus sind nicht gleichzusetzen. Es läuft die internationale Kampagne #Riseup4Rojava unter anderem mit dem Ziel, die Verantwortlichen im eigenen Land anzugreifen. Erst die Verbindung zwischen unserem eigenem politischen Prozess und der Solidarität bringt einen wirklich qualitativen Internationalismus hervor, die authentische Verbindung der Politik hier mit jener dort. Wir müssen erkennen, dass das ein langwieriger Prozess ist und bleibt, denn der Krieg wird nicht nach ein paar Wochen oder Monaten vorbei sein. Das heisst für uns perspektivisch denken, einen langen Atem entwickeln und weitermachen. Schliesslich: Welchen Prozess wollen wir vorantreiben? Der Faschismus und so auch der Antifaschismus spielen eine wichtige Rolle im Internationalismus. Es gibt viele Aufrufe aus Rojava, eine antifaschistische Front zu verstärken und gezielt den türkischen Faschismus ins Zentrum stellen. Diese Arbeit heisst auch, den Aufbau-Prozess im eigenen Land voranzutreiben.

## TÜRKEI

## Krise und Krieg

**Mit dem Angriff der Türkei anfangs Oktober hat die Kriegsführung gegen Rojava eine neue Phase erreicht. Getrieben durch politische und ökonomische Krisen, verschärft und beschleunigt das türkische Regime einen Faschisierungsprozess inklusive Besatzungskrieg.**

(gpw) Die militärische Offensive der Türkei gegen den Westen Rojawas, welche Anfang Oktober begann, stellt zweifelsohne eine neue Phase in der Kriegsführung gegen Rojava dar. Dabei sind die Möglichkeiten des türkischen Staats, Rojava anzugreifen, immer durch die Interessen der jeweils anderen Mächte eingeschränkt, die in der Region präsent sind. Weder 2018 bei Afrin noch jetzt erfolgte der Schritt zum Einmarsch gänzlich unilateral. Bei Afrin gab Putin grünes Licht zur Invasion. Jetzt war es Trump, der nach einem Telefonat mit Erdogan den Rückzug der US-Truppen im Nordosten des Landes anwies: Dieser gab den Weg zum Einmarschversuch überhaupt erst frei.

Es mag keine neue Erkenntnis sein, dass die regionalen und internationalen Mächte, die im Nahen und Mittleren Osten ihre Interessen verfolgen, keine strategische Partner Rojawas sind. Führende Köpfe der türkisch-kurdischen Bewegung haben schon sehr früh im Prozess von Rojava unterstrichen, dass sämtliche Arrangements mit den USA oder Russland lediglich militärisch-taktischer Natur im Kampf gegen den sogenannten «Islamischen Staat» seien, niemals stabile politische Bündnisse. Seitdem das Kalifat als geografische Einheit zerschlagen ist und damit ein wichtiges Ziel dieser Allianz erreicht ist, zeigt sich diese Einschätzung in ihrer vollen Tragweite wiederholt bestätigt. Zahlreiche Mächte könnten türkische Offensiven gegen Rojava verhindern – sie wollen nicht.

## Die Türkei als Hauptfeind

Wenn all diese Mächte prinzipiell in der Position vereint sind, dass man Rojava nicht schützen will, dann beginnen sich die Fragen darum zu drehen, wie weit sie jeweils aus welchen Überlegungen bereit sind, gegen Rojava



HDP-Politiker eng begleitet im Wahlkampf.

vorzugehen, und welche Strategien und Taktiken sie dabei verfolgen. Es ist offenkundig, dass die Türkei diejenige Kraft ist, welche am offensivsten und intensivsten darauf hinarbeitet, den Prozess in Rojava nicht nur zu sabotieren oder zu korrumpieren, sondern gänzlich zu zerschlagen. Darin unterscheidet sie sich von den anderen Kräften in der Region, die sich nicht unbedingt freundschaftlicher verhalten, aber sicher weniger feindlich. Darum kann die Türkei getrost als aktuellen Hauptfeind Rojawas beschrieben werden.

Ein sehr gewichtiger Faktor, der die Position der Türkei als Hauptfeind begründet, ist der Umstand, dass Rojava für die herrschenden Kräfte in der Türkei eine konkrete Systemkonkurrenz darstellt. Das nationalistisch-islamistische Gesellschaftsprojekt der AKP und MHP steht im antagonistischen Widerspruch zum multiethnisch-progressiven Projekt Rojawas inklusive Frauenorganisation. Das Eine kann in oder mit dem Anderen nicht koexistieren, entweder setzt sich die eine oder die andere Seite durch. Die Schärfe dieses Widerspruchs potenziert sich weiter dadurch, dass ökonomische und innenpolitische Faktoren den herrschenden Machtblock in der Türkei weiter dazu drängen, sich immer autoritäreren Formen des Machterhalts zu bedienen, so dass ein gesellschaftlicher Faschisierungsprozess im Land weiter an Rasanz gewinnt, der mittels Besatzungskrieg brutal ins Ausland exportiert wird.

## Krise als Kriegsbeschleuniger

Innenpolitisch ist wichtig zu sehen, dass Erdogan entgegen seiner Selbstdarstellung nicht derart fest im Sattel sitzt, wie er es gerne auf diplomatischen Bühnen darstellt. Die Abstimmung über die Präsidentschaftsreform 2017 wurde nur knapp gewonnen. Ein Erfolg, der angesichts der Kraft, welche in sein Zustandekommen investiert wurde, eher einer politischen Niederlage gleicht. Bei den Kommunalwahlen dieses Jahres verlor die AKP das Bürgermeisteramt in Istanbul an die kemalistische CHP, obwohl sie nach der Niederlage in der ersten Runde kur-

zerhand eine Wiederholung der Wahl durchsetzte, um ein ihr genehmeres Resultat zu erzwingen. Die Kriegsführung im Ausland dient also mitunter der politischen Stabilisierung des regierenden Blocks im Inland, bei der sich fast alle politischen Parteien einer nationalen Agenda im Kampf gegen den äusseren (und inneren) Feind unterordnen. Erste Umfragen nach dem Beginn der jüngsten Offensive deuten daraufhin, dass diese Strategie aufgeht und sich die Zustimmung zu Erdogan wieder über 50 Prozent bewegt.

Dazu kommt eine gewaltige ökonomische Krise im Land, die über Jahre anhält. Die Arbeitslosenrate beträgt 15 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit 25 Prozent, die darauffolgende Verschuldung ist ein Massenphänomen. Dieser Zustand hat mörderische Qualitäten angenommen. Mehrere Familien begingen innert kurzer Zeit kollektiven Suizid durch die Einnahme von Blausäure und thematisierten in Abschiedsbriefen ihre wirtschaftliche Lage als Handlungsgrund. Die militärische Offensive soll auch hier Abhilfe schaffen: Als Teil der ethnischen Vertreibung in den besetzten Regionen durch die Ansiedlung von syrischen Flüchtlingen aus der Türkei sollen im Rahmen von Milliardenprojekten mitfinanziert durch die Europäische Union neue Städte aus dem Boden gestampft werden, die von türkischen Bauunternehmen konstruiert werden. Die Invasion und Besatzung dient damit auch dem Ziel, den Bausektor der Türkei zu beleben.

Schliesslich muss als ein letzter Faktor für die Kriegstendenz genannt werden, dass Erdogan die nationale Rüstungsindustrie strategisch auf- und ausbaut. 2016 sprach er davon, dass die Abhängigkeit vom Ausland in diesem Bereich zwischen 2002 und dann von 80 auf 40 Prozent gefallen sei. 2023 solle die Türkei in Sachen Rüstung gänzlich unabhängig sein und dann umgekehrt selber zum Waffenverkäufer in der Region werden, um wiederum eigene Abhängigkeiten zu produzieren. Klar, dass ein solcher Rüstungs- und Militärkomplex seine ganz eigenen Anreize setzt, um weiter Krieg zu führen.

## MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression. Schickt uns eure Fotos!

Zwei Zivis aus Basel. Beide waren an der grossen Rojava-Demo dabei. Der blonde mischt sich auch gerne unter die DemonstrantInnen. Bei der Blockade der UBS im Juli 2019 in Basel war er Einsatzleiter der Polizei.





Ich habe Angst, aber ich bin da.



Gilets Jaunes aus Toulouse: «Hinter jedem Gilet Jaune steht ein Leben. Hinter jedem Gilet Jaune steht eine Geschichte und davor die Hoffnung.»

## GILETS JAUNES

# Ende des Monats, Ende der Welt: Der gleiche Kampf!

Gespräch mit einer Aktivistin der Gilets Jaunes Bewegung aus einem Departement des Südens. Über die Bewegung und die Diskussionen an den Versammlungen.

Aktivistin: Lass mich zuerst fragen, bevor du mich fragst: Wer sind die Gilets Jaunes für dich?

**Überraschender Einstieg, aber gut: Ich denke, es sind Menschen in Wut, die die Nase voll haben von der Politik von Macron. Diese kommt modern und elegant daher, ist aber ein umfassender Angriff auf alle Lebensbedingungen und gewährt keine Perspektive auf eine bessere Zukunft. Unsere GenossInnen sind Teil der Bewegung, aber insgesamt ist die Bewegung sehr breit. Also radikal, aber politisch manchmal ungenau.**

Ein Soziologe hat von einer «unwahrscheinlichen Bewegung» gesprochen. Tatsächlich empfinden wir es ein bisschen so. Gründe zu kämpfen gibt es viele, aber die gab es früher auch. Wieso genau jetzt, wissen wir eigentlich nicht, aber wir sind uns sicher, dass dies die letzte Chance ist, dass wir jetzt grundlegende Veränderungen brauchen. Auf den Rondellen treffen sich wirklich viele, die bis zu diesem Zeitpunkt geschwiegen hatten und auch wussten, wieso sie geschwiegen hatten. Nun haben sie entschieden, das Wort zu ergreifen und drücken sich sehr klar aus. Und sie wollen nichts mit den etablierten Parteien oder mit den Gewerkschaften zu tun haben, das war anfangs ein starker Konsens.

Unser Slogan drückt aus, dass viele nicht wissen, wie sie ans Ende des Monats kommen, es geht uns um soziale Gerechtigkeit. Und dass sich alle über den Zustand der Welt Sorgen machen müssen, es geht uns auch um die Welt, die Ökologie insbesondere.

### Du bist seit den Anfängen dabei.

Nicht ganz, aber fast. Eines Tages war ich mit dem Auto unterwegs, auf der Autobahn waren Warnungen, ich sollte nicht weiterfahren, ich fuhr sowieso und kam zur Blockade der Gilets Jaunes. Die haben mich mit offenen Armen empfangen, wir haben diskutiert und ich bin problemlos weitergefahren. Es war mir sofort klar: Die Medien lügen, das ist eine gute Sache, wir haben uns angeschlossen, mein Mann und ich.

Später haben wir dann entschieden, dass wir da, wo wir leben, auch ein Rondell besetzen wollen. Sofort haben sich Leute aus den Dörfern angeschlossen. Wir haben uns so intensiv kennengelernt in dieser Zeit, wir sind wirklich eine Familie geworden, ich meine das im Ernst. So verschiedene Leute kommen zusammen, es ist voller Widersprüche, nicht einfach, aber wir hören einander zu und versuchen die Probleme zu lösen. Jedes Rondell trifft sich auch noch, um zu diskutieren. Das ist unsere Stärke.

### Wo trefft ihr euch?

Beim einen oder anderen, allerdings sage ich das falsch: Bei der einen oder anderen. Es sind vor allem die Frauen, die diese Bewegung tragen. In Städten treffen sich die Leute auch in Parks, aber in den Dörfern bei Aktivistinnen zu Hause.

**Es gibt also diese kleinen Versammlungen. Wie kam es zur erste grossen sogenannten «Versammlung der Versammlungen» im Januar?**

Es kam die Idee auf, eine Versammlung der Versammlungen zu machen. Jede Blockade konnte entscheiden, eine Delegation zu dieser hinzuschicken. Die erste Versammlung war umwerfend, es war das erste Mal, dass wir uns überregional trafen und es wurden sehr starke Texte verfasst. Es war völlig klar, dass wir damit weiter machen. Seither hat nun schon die vierte in Montpellier stattgefunden, dort haben wir eine weitere beschlossen, die in Toulouse sein wird. Nach der ersten Versammlung, die einfach nur hinreissend und stark war, waren die weiteren harziger und schwieriger.

Die letzte Versammlung wurde kritisiert, weil die vorbereitende Gruppe zu sehr strukturiert hat, die Diskussionspunkte vorgegeben hat. Aus guten Gründen haben sie das gemacht, denn tatsächlich sind jedes Mal mehr Menschen dabei und es wird immer schwieriger zu diskutieren, es gibt Machtkämpfe, gewisse Egos wollen sich durchsetzen usw. Und es gibt natürlich auch zu verschiedenen Fragen gegensätzliche Meinungen. Deshalb ist Strukturierung nützlich. Doch grundsätzlich bleibt der wichtige Anspruch, dass es für die einzelnen Delegierten möglich sein muss, ihre Punkte einzubringen. Für die nächste Versammlung haben wir deshalb festgelegt, dass wir wieder an der Versammlung entscheiden wollen, worüber wir diskutieren.

Wir bleiben stark, vieles kommt in diesen Versammlungen zum Ausdruck und in ganz unterschiedlichen Formen. Das Ziel bleibt aufeinander zu hören und aufeinander einzugehen – ich verwende bewusst nicht das Wort Demokratie, da der Inhalt dieses Wortes verloren gegangen ist.

**Was kann beispielhaft als Resultat einer Versammlung genannt werden?**

Am Ende schreiben wir immer eine gemeinsame Deklaration. An der letzten Versammlung wurden z.B. fünf Punkte zur Abstimmung gebracht. Erstens, ob wir alle unterschiedlichen Aktionsformen, d.h. Blockaden, bewilligte und unbewilligte Demos, Petitionen, Munizipalismus, ziviler Ungehorsam oder Aufruhr ohne Widerspruch unterstützen wollen und die Versammlung hat mit ja geantwortet. Der zweite Punkt behandelte die Frage, ob die grosse oder die lokale Versammlung das Zentrum der Bewegung sein soll und wir haben entschieden, dass die lokalen der wichtige Referenzpunkt bleiben sollen. Das sind zwei Beispiele von vielen, gewisse Fragen bleiben jeweils auch offen und werden wieder aufgenommen. Es gab auch drei Appelle: Einen Aufruf für den 17. November, dem Jahrestag der ersten Blockade, einen für den 5. Dezember, dem von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Generalstreik und einen zur Unterstützung der internationalen Kämpfe.

**Wie ist das Verhältnis zu Parteien, Organisationen oder Gewerkschaften?**

Das war gerade an den Versammlungen ein grosser Diskussionspunkt und ein riesen Dilemma, anfangs war

die Haltung klar ablehnend. Den Gewerkschaften gegenüber hat sich das nun geändert, nach Monaten der Diskussionen über «Gemeinsamkeiten der Kämpfe». Parteien wollen wir allerdings weiterhin nicht, wer sich politisch in einer Partei engagieren will, muss das individuell, ausserhalb der Bewegung tun.

Ausserdem war die Abneigung gegenseitig. Die sog. Politisierten waren am Anfang sehr skeptisch den Gilets Jaunes gegenüber, bis an die Grenzen hin zur Verachtung. Und auch die Gewerkschaften machten uns schlecht. Basismitglieder waren natürlich von Anfang dabei, doch die Gewerkschaftsführung machte Stimmung gegen uns. Einige sind deshalb auch aus der Gewerkschaft ausgetreten.

Im Verlauf des Jahres hat sich das geändert und gewisse Gewerkschaften haben nun die Gilets Jaunes gefragt, ob wir mit ihnen zusammen zum Generalstreik aufrufen wollen und wir haben in Montpellier entschieden, dass wir das versuchen wollen. Wenn es die Bewegung stärkt, ist das in unserem Sinn. Also rufen wir zum Generalstreik am 5. Dezember auf.

**Was sind die Forderungen und wie ist deine Einschätzung?**

Die Gewerkschaften lancieren einen Kampf zur Rettung der Renten, sie sehen den Generalstreik in diesem Zusammenhang. Wir sehen den Kampf breiter, wir wollen alles in Frage stellen und uns nicht auf die Renten beschränken. Einige sind sehr optimistisch, andere eher skeptisch. Wir werden es sehen.

**Verbindet sich der seit Monaten andauernde Arbeitskampf bei den medizinischen Notaufnahmen und Rettungsdienste mit jenem der Gilets Jaunes?**

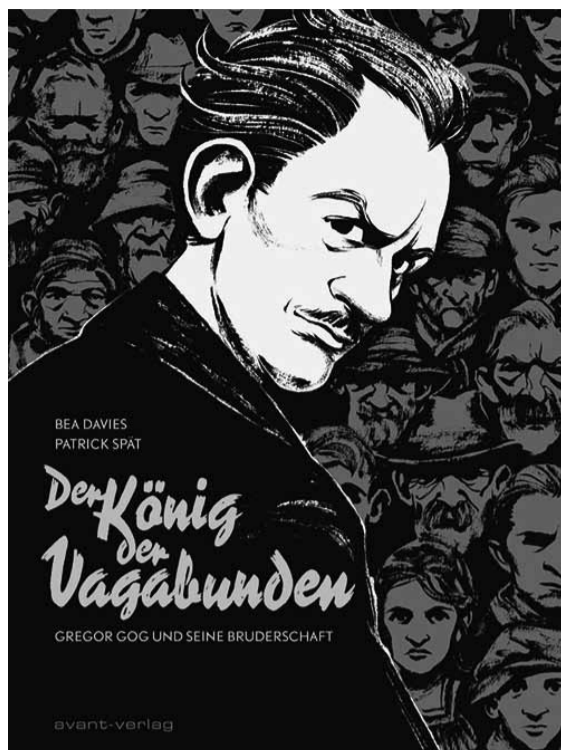
Selbstverständlich, sehr viele Beschäftigte des Spitals gehören zu uns, das ergibt sich ganz von alleine.

**Was sind Probleme, die sich stellen?**

Die Kommunikation ist ein wiederkehrendes Problem. Einige mahnen extrem vorsichtig zu sein – du weisst ja, wir sind mit extremer Repression konfrontiert. Andere wollen so offen und breit wie möglich kommunizieren. Das ist ein immer wiederkehrender Streitpunkt.

Die Repression trifft uns sehr hart. Wir hatten zum Beispiel grosse Frauenmobilisierungen in ganz Frankreich, die waren absolut problemlos. Weit und breit kein Polizist, aber sobald wir ein gelbes Gilet anziehen, ist der Platz eingegast, bevor wir da sind, mehr Polizei als DemonstrantInnen manchmal. Wir werden mit den Gewerkschaften am 5. Dezember mitgehen, aber wir wissen noch nicht, ob wir unser Gilet anziehen. Damit machen wir uns zur Zielscheibe, viele haben Schiss und das völlig zu Recht. Und sie machen Jagd auf Einzelpersonen. Wer bekannt ist, z.B. langjährige Militante der Gewerkschaft, ist sehr bedroht. Sie können sich viel erlauben, schlagen auch ohne Strafbefehl zu, das ist die momentane Realität.

Aber wir glauben daran. Es gibt einen Konsens über alles: Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit. Das Ende des Monats, das Ende der Welt: Der gleiche Kampf! Wir wissen nicht, wie wir unser Ziel erreichen können, aber wir werden nicht jene sein, die aufgeben. Wir sind schon hundertmal totesagt, aber wir kämpfen weiter. Wir reflektieren, wir diskutieren, wir haben Ideen, aber tatsächlich wissen wir nicht, wie es weitergehen kann. Aber wir sind uns sicher, dass es unsere letzte Chance ist. Also kämpfen wir.



## Patrick Spät & Beatrice Davies: Der König der Vagabunden.

Gregor Gog (1891–1945) erlangte landesweite Berühmtheit als der «König der Vagabunden» in der Weimarer Republik der Zwanzigerjahre. Zu den bekanntesten Anekdoten gehörte der Vagabundenkongress in Stuttgart: An Pfingsten 1929 trommelte er die Toppelbrüder und -schwestern zum Internationalen Vagabundenkongress zusammen und rief den «lebenslangen Generalstreik» aus. Zwei Jahre zuvor gründete der ehemalige Matrose Gregor Gog die «Bruderschaft der Vagabunden», um Obdachlosen zu helfen und sie politisch zu organisieren. Und im gleichen Jahr veröffentlichte Gog «der Kunde», und damit die erste Straßenzeitung Europas.

Die Zwanzigerjahre trugen massenhaftes soziales Elend in sich: Hunderttausende von Menschen waren von Obdachlosigkeit und bitterer Armut betroffen. Sie wurden verfolgt und teilweise als «Vagabunden» oder «Toppelbrüder» geächtet. Ähnlich wie heute machten sie die BürgerInnen für die armutsbedingte Lebenssituation selbst verantwortlich. Gregor Gog gehörte aber zu jenen, die freiwillig zu «Vagabunden» wurden – weil sie die Gesellschaftsformation als so ungerecht empfanden, dass sie in keiner Form mitmachen wollten. Gregor Gog missfiel etwa die Kirche, die gerne Nächstenliebe predigte und gleichzeitig von den eigenen Pfünden nichts abgeben wollte. Den Ersten Weltkrieg hatte er zutiefst verabscheut, weil darin unfassbar viele Menschen als Kanonenfutter verheizt wurden. Gog erlebte den Krieg hautnah: In jener Zeit war er bei der Marine, wo er aus Abenteuerlust und noch vor Kriegsausbruch angeheuert hatte. Auf dem Kriegsschiff lernt er dann die anarchistisch geprägten Freunde kennen, mit denen er den Aufstand probte und später durch Deutschland tingeln sollte. Sie lebten die Idee von einer freien und diversen Gesellschaft. Gog hatte das Elend der Weltwirtschaftskrise am eigenen Leib zu spüren bekommen. Er schloss sich später der KPD an, weil er diese als wichtigste antifaschistische Kraft im Kampf gegen die erstarkten Nationalsozialisten wahrnahm. Als die Nazis an die Macht kamen, wurde er wegen seiner Ideen verfolgt und ins KZ verschleppt. Die Geschichte endet mit der Flucht aus dem KZ und über den zugefrorenen Bodensee.

Der Comic schafft es, das Leben dieses unfassbar umtriebigen Gregor Gog lebendig werden zu lassen. Das gelingt vor allem durch die sehr expressiven Schwarzweiß-Zeichnungen und die starken Portraits von Beatrix Davies. Zeitlebens kämpfte Gog gegen Ausbeutung, Faschismus und Rassismus. Der König der Vagabunden schildert das abenteuerliche und entbehrungsreiche Leben der Vagabunden in den 1920er Jahren und enthält viele Originalzitate aus jener Zeit. «Wo der Bürger aufhört, beginnt das Paradies!»

Patrick Spät (Text), Beatrice Davies (Zeichnung), **Der König der Vagabunden**. Avant Verlag, Berlin, 2019.



## Nick Brauns (Hrsg.): Partisanen einer neuen Welt

Mit dem Buch «Partisanen einer neuen Welt» erhalten die Lesenden eine kompakte Übersicht zu ebendieser Geschichte. Es beginnt, vielleicht überraschend, mit der Geschichte des Osmanischen Reiches und verläuft bis zur Gegenwart. Das Buch beinhaltet acht Kapitel sowie zahlreiche Unterkapitel, welche durch ihre maximale Länge von 10 Seiten einen angenehmen Lesefluss ermöglichen. Es ist möglich, sich spezifischen Themen und Unterkapitel zu widmen.

Das Buch zeichnet im ersten grossen Teil die Entwicklung der Türkei seit dem zusammenbrechenden Osmanischen Reich inklusive damaligen linken Akteuren und Bewegungen auf. Der zweite Teil befasst sich mit dem Militärputsch von 1980, welcher die Islamisierung der Türkei verstärkte und ein Fundament für den politischen Islam setzte. Ebenso wird die gleichzeitige Entwicklung der Linken und der kurdischen Freiheitsbewegung beleuchtet.

In weiteren, kürzeren Kapiteln widmen sich verschiedene AutorInnen der Entwicklung der türkischen Wirtschaft und der Rolle der AKP darin, sowie von Arbeitskämpfen und der feministischen Bewegung. Die politische Linke in der Türkei hat eine wechselvolle Geschichte, welche durch Migration auch in europäischen Ländern eine Bedeutung hat. Die verschiedenen Stationen der Geschichte der Linken in der Türkei sind noch heute prägend für die aktuelle Situation. Deswegen empfehlen wir dieses Buch allen Interessierten, die sich mit der Türkei, der kurdischen Freiheitsbewegung und generell mit dem Nahen Osten befassen, um heutige Entwicklungen besser nachvollziehen zu können.

Nikolaus Brauns / Murat Cakir (Hrsg.): **Partisanen einer neuen Welt. Eine Geschichte der Linken und Arbeiterbewegung in der Türkei**. Die Buchmacherei, Berlin 2018.

# Pimp my Strukturanpassungsprogramm

Eine Comic-Reportage zeichnet die Machenschaften des internationalen Währungsfonds unter Christine Lagarde nach. Ins Bild gesetzt, wie es aussieht, wenn sich Neoliberalismus als Feminismus gebärdet und dabei alles bleibt, wie es ist.

(az) In Ecuador und Haiti liefern sich Protestierende und Polizei Gefechte, weil sich die Bevölkerung gegen die Strukturanpassungsprogramme des internationalen Währungsfonds (IWF) erhebt. So etwas passiert in regelmässigen Abständen doch nicht oft genug. Denn wo der IWF die Finger im Spiel hat, ist der Notstand Programm. Und die Verschärfung einer ohnehin prekären Situation garantiert. Die Institution leiht Geld an Staaten in Krise und knüpft den Kredit an Bedingungen aus dem neoliberalen Werkzeugkasten: Sparmassnahmen bei staatlichen Ausgaben, seien das Löhne, Renten oder Personal, ausserdem Mehrwertsteuererhöhung und Privatisierung der öffentlichen Betriebe, um an schnelles Geld zu kommen. Gebrauch wird das Geld dann, um die Schulden zu begleichen. Das sind die gängigen 'Auflagen' des IWF, oder um es in den Worten der gezeichneten Reportage zu sagen: Der IWF ist der «Aushungerer der Völker».

Aus der Feder des IWF tönt das allerdings anders. Der sagt über die Massnahmen, gegen welche die verarmte Bevölkerung erbittert ankämpft, sie seien zur «Verbesserung der Widerstandskraft und Nachhaltigkeit der ecuadorianischen Wirtschaft» und «wichtige Massnahmen zum Schutz der Armen und Verletzbarsten sowie zur Arbeitsplatzbeschaffung in einer wettbewerbsfähigen Ökonomie.» Der IWF verhält sich realpolitisch also so, wie er es seit Jahrzehnten tut, verschleierte es neuerdings aber in Sorge um die «Armen und Verletzbarsten». Den Werdegang dieser Wortwahl porträtiert die gezeichnete Reportage.

Die Reportage erzählt zugänglich die Geschichte des IWF von den Anfängen bis in die Gegenwart, fokussiert dabei aber auf die Zeit unter Christine Lagarde, die bis September 2019 die geschäftsführende Direktorin war<sup>1</sup>. Nicht zufälligerweise kommt sie aus Frankreich. Häufiger als jeder andere Mitgliedsstaat des IWF hatte ein französischer Politiker das Amt an der Spitze inne und eben: In den vergangenen acht Jahren erstmals sogar eine französische Politikerin. Eine Frau! Zudem eine Vegetarierin und ehemalige Sportlerin! Wen sollen da ihre konservativen und neoliberalen Positionen, die sie in der Regierung Sarkozy schon zur Genüge bewiesen hatte, interessieren. Sie bot Oberfläche für Inszenierung, eine Tatsache, die die PR-Abteilung zu nutzen wusste und Christine Lagarde selbst gerne ins Feld führte.

## Blick hinter die PR-Kulisse

Drastisch wird uns vorgeführt, dass es sich lohnt, auf die praktizierte Politik zu achten und sich nicht von der PR blenden zu lassen. 2011 übernahm die amtierende französische Wirtschaftsministerin der Regierung Sarkozy das Amt der geschäftsführenden Direktorin des IWF. Von Anfang an inszenierte sie sich als 'anders' als der bisherige IWF. Markig verkündete sie, sie werde das Amt mit einem «tieferen Testosteronspiegel» erfüllen als ihre Vorgänger. Zweifelsfrei war das eine notwendige, aber auch sehr billige Abgrenzung gegenüber ihrem direkten Vorgänger Strauss-Kahn, der sein Amt wegen der Anklage, eine Hotelangestellte vergewaltigt zu haben, abgeben musste<sup>2</sup>.

Aber wir müssen den grösseren Kontext betrachten. Damals stand es schlecht um den IWF. Sein Image war auf mehreren Ebenen angeschlagen, die Anklage gegen Strauss-Kahn und seine machohafte, überhebliche Reaktion trugen dazu nicht zu einer Entspannung bei. Jedoch war bei weitem nicht nur das Image angekratzt. Verschiedene Länder, insbesondere die eher links regierten Staaten Lateinamerikas, kritisierten den IWF offen und völlig zu Recht für seine Wirtschaftspolitik, mehrere hatten die Nase voll und versuchten ihn auf Distanz zu halten. Chris-



Es ist kein Abschluss in Postcolonial Studies nötig, um die Kritik am IWF zu verstehen.

tine Lagarde oblag deshalb die Aufgabe, den IWF zurück zu alter Macht zu verhelfen. Also inszenierte sie sich in der Folge gekonnt und selbstbewusst als Erneuererin und Freundin der leidenden Massen, als Abweichung vom bisherigen IWF, versprach Rücksichtnahme, machte Witze und trat gerne in der Öffentlichkeit auf, sei das an Konferenzen oder auf dem Cover der Modezeitschrift Vogue.

Gerade für diesen Teil der Geschichte, die Imagepflege, eignet sich die gezeichnete Reportage ausserordentlich gut, direkter und greifbarer als das geschriebene Wort kann die Fassade demontiert und ironisiert werden, wie dem Titelbild oben unschwer anzusehen ist. Es bleibt dabei aber auch klar, dass der Schein vor allem in den bürgerlichen Medien zählt, zur Herstellung von Hegemonie beiträgt, aber wenig mit der Realität zu tun hat. Was Lagarde und dem IWF schliesslich wirklich zum Erfolg und zur Rückkehr ins Zentrum des Geschehens verholfen hat, ist nicht die PR, sondern die ökonomische Krise und die Verschiebung der Machtverhältnisse in Lateinamerika, verkörpert in Personen wie Macri und Bolsonaro.

Die Reportage porträtiert entsprechend auch die Realität hinter dem Schein. Die Auflagen und Zwänge des IWF inklusive der daraus folgenden Verwüstungen durch die Strukturanpassungsprogramme. Dabei dienen Griechenland und Argentinien als die zwei Hauptbeispiele, die in die Amtszeit von Lagarde fallen. Politisch kann kritisiert werden, dass die als 'Kontrahenten' aufgebauten Syriza für Griechenland und Cristina Kirchner für Argentinien zu gut abschnitten. Das Drehbuch hat für sie eine feste Rolle in der Dramaturgie des Comics vorgesehen. Sie sollen dem IWF die Stirn bieten und dabei verlieren. Für differenzierte Kritik an der 'eigenen Seite' bleibt da kein Platz. Das ist ein Mangel, obwohl tatsächlich die Syriza verglichen mit dem IWF die weniger kritikwürdige Struktur darstellt. Ein Vergleich allerdings, den wir vernünftigerweise nicht unternehmen sollten.

Trotz dieses kleinen Einwands lohnt sich die Lektüre, nimmt uns mit ins Zentrum der Macht und Korruption und lehrt uns die selbstgewählte Beschränktheit der bürgerlichen Medien. Diese unterschlagen willfährig, vor lauter Glückseligkeit über die fotogene geschäftsführende Direktorin, die äusserlich modern wirkt und sich optimal mit Büsi-Filmchen kombinieren lässt, welche Politik unverbrämt und ungehindert betrieben wird. Meistens. Die Aufstände, seien es jene in Ecuador oder in Griechenland, tragen dazu bei, den IWF wieder ins richtige Licht zu rü-

cken. Für MaterialistInnen gewiss keine neue Erkenntnis, allerdings haben wir sie nur selten so eindrücklich vorgeführt bekommen.

## Du kannst den Comic downloaden

Die beschriebene, gezeichnete Reportage steht nun auf Deutsch übersetzt auf [aufbau.org](http://aufbau.org) zur Verfügung und kann heruntergeladen werden. Sie ist der französischen Zeitschrift «La Revue Dessinée» Nr. 25, 2019 entnommen.

«La Revue Dessinée» existiert seit einigen Jahren, erscheint vierteljährlich und druckt ausschliesslich gezeichnete Reportagen ab. Sie wird, wie das für Reportagenzeitschriften üblich ist, mit Reportagen unterschiedlicher Qualität und zufälligen Themen gefüllt. Das Projekt ist allerdings nur realisierbar, weil im franco-belgischen Raum die Anzahl der MacherInnen, also ZeichnerInnen und SzenaristInnen, sehr viel grösser ist als im deutschsprachigen Raum, selbstredend auch die Anzahl möglicher AbonnentInnen.

Bemerkenswert ist, dass sich in jeder «Revue Dessinée» mindestens eine interessante Reportage finden lässt, manchmal durchaus mehr, wie in der hier angepriesenen Nummer 25. So befinden sich neben dem porträtierten IWF auch eine Reportage zur Migration durch die Wüste von Niger, eine zum Dealer-Leben in den Quartiers Nord von Marseille und eine über Plastik. Die Titelstory über die karitative Einrichtung «Emmaüs» scheint interessant zu sein, zeigt aber eines der Probleme auf: Wer Frankreich nicht ausreichend kennt, versteht manchmal nicht alles, klarerweise deckt die Zeitschrift auch innenpolitische Themen ab.

Für alle, die gerne Französisch lesen, lohnt es sich, «La Revue Dessinée» zu abonnieren. Eine Kostprobe, die wir als thematisch besonders gut zu uns passend empfinden, haben wir als Appetithäppchen online gestellt.

<sup>1</sup> Jetzt wechselt sie an die Europäische Zentralbank, bleibt also eine Person, die wir kennen sollten. Geschäftsführende Direktorin des IWF ist neu Kristalina Iwanowa Georgiewa aus Bulgarien, ebenfalls eine konservative und neoliberale Person, die trotz der Anklage, Nebeneinkünfte nicht deklariert zu haben, bei EU und Weltbank Karriere gemacht hat.

<sup>2</sup> Von dieser Anklage hat er sich in der Zwischenzeit im übrigen durch einen Deal seiner Anwälte freigekauft

**IMPRESSUM Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, [basel@aufbau.org](mailto:basel@aufbau.org)/Revolutionärer Aufbau Winterthur, [winterthur@aufbau.org](mailto:winterthur@aufbau.org)  
**Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
 Internet: [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org), E-Mail: [info@aufbau.org](mailto:info@aufbau.org)

**ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU** Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: [basel@aufbau.org](mailto:basel@aufbau.org) Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: [winterthur@aufbau.org](mailto:winterthur@aufbau.org)  
 Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

**VERKAUFSTELLEN Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.